

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengelegene Beilagen oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Mittwoch, den 22. Oktober 1919.

26. Jahrg.

## Sowjet-Ende?

Von Dr. Werner Peiser.

Tausendmal ist es uns verkündet und tausendmal widerrufen worden, das Ende der russischen Sowjetherrschaft. Mit Zorn und Freude, je nach Temperament und politischer Stellung, wurde die Nachricht entgegengenommen. Aber jetzt scheint die Tatsache von dem Zusammensturz der russischen Herrschaft, nicht mehr abhängig von Zorn und Freude, den unerbittlichen Gang genommen zu haben, den sie nehmen mußte.

Die Weltgeschichte wird von ehernen Gesetzen geleitet. Gesetze, die wir Menschen zwar oft mit Stolz als erkannt bezeichnen, die aber doch in ihren tiefsten Tiefen uns wohl verborgen sind. Damit wollen wir durchaus nicht den Boden des Materialismus verlassen und etwa einer idealistischen, spiritualistischen oder wie die verschiedenen Geschichtsbetrachtungen sonst noch heißen mögen, das Wort reden, wir wollen nur damit sagen, daß unsere Einsicht in das Geschehen letzte Dinge noch recht gering ist. Der Fall Rußland aber erscheint uns als ein typisches Beispiel für die Richtigkeit unserer materialistischen Geschichtsanschauung.

Wenn wir sagen, die Weltgeschichte sei rätselhaft und schwer durchschaubar, so ist damit wenig erklärt. Wenn wir aber weiter feststellen, daß sie sich in Wendeschlägen bewegt, so bringt uns dies der Erkenntnis der Wahrheit, der relativen Wahrheit wenigstens, ein erhebliches Stück näher. Und wir fügen dieser Behauptung die dritte Feststellung hinzu: auf Aktion folgt Reaktion, so haben wir nicht nur ein tatsächliches geschichtliches Geschehen festgestellt, sondern, was die Bedeutung der Feststellung erhöht, ein geschichtliches Werturteil gefällt.

Der Prophet, der wieder und wieder den nahenden Zusammenbruch der Sowjetherrschaft verkündete, dürfte schon seit Monaten keine Lorbeeren mehr erwarten; dazu war seine Weisheit zu banal und der überwiegenden Mehrheit der Menschen zu vertraut geworden. Daß Sowjetrußland eines Tages als politische Konstellation von der Bildfläche verschwinden mußte, war klar, und man konnte — wie Kautsky es in seinem gedankenreichen Werk über „Kommunismus und Terrorismus“ tut — nur Betrachtungen darüber anstellen, ob es durch einen plötzlichen Zusammenbruch oder durch allmähliche, planmäßige Entwicklung seine Umgestaltung erfahren würde. Die Kernfrage dieser Betrachtung, auf zwei sich scharf gegenüberstehende Werke konzentriert, lautet also, wie so oft in der Weltgeschichte: Revolution oder Evolution? Daß der Gang der Entwicklung in Rußland den Weg der Evolution einschlagen würde, dafür sprachen mancherlei Gesichtspunkte. Man konnte von Woche zu Woche, von Monat zu Monat mehr feststellen, wie der gerade Verlauf, den die russische Revolution zu ihrem Beginn eingeschlagen zu haben schien, immermehr von der Erreichung ihres Zieles, der Durchsetzung des reinen Kommunismus nämlich, abbog. In Erkenntnis der wirtschaftlichen Antriebe des Landes sahen sich nämlich Lenin und seine Getreuen mehr und mehr zu Konzessionen gezwungen, die nicht nur Konzessionen an den gemäßigten Sozialismus waren, sondern stark bürgerliche Färbung trugen und bewußt — wenn auch aus Not — viele bürgerliche Machthaber, die durch die erste Revolutionswelle fortgeschwüpft worden waren, in unerwartet hohe Machtpositionen stellte. Die auf dem Papier dekretierte Gleichheit der Löhne wurde alsbald durch ein kompliziertes Abstufungssystem ersetzt, das an Bevorzugung einzelner bevorrechteter Klassen dem zaristischen System nichts oder doch wenig nachgab, die Freiheit in Wort und Schrift wurde durch eine verschärfte Zensur beseitigt, die Todesstrafe in der Roten Armee wurde aufs neue eingeführt, kurz, jede praktische Handlung war ein Widerspruch zu den in den Dekreten niedergelegten freiheitlichen Anschauungen, so daß Später nicht mit Unrecht vom „Dekretinismus“ der Lenin und Trozki sprachen. Es war nicht undenkbar, daß die Dinge in dieser Weise ihren Verlauf weiter nehmen würden, bis eines Tages — wenn auch nicht die alten Zustände wiederhergestellt, so doch ein System geschaffen sein würde, das mit dem Kommunismus nur recht geringe Ähnlichkeit aufwies.

Es ist anders gekommen. Ob besser, das läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Vielleicht ist dem russischen Volk, das wahrlich genug Erschütterungen während des Weltkrieges und schon vorher im aufreibenden Kampfe mit dem blutigen Zarismus erlebt hatte, mancherlei harte Prüfung durch den plötzlichen Gang, den die Ereignisse genommen haben, erspart geblieben. Wir deutschen Sozialdemokraten haben nie verhehlt, daß wir jener „Diktatur des Proletariats“ höchst kritisch und mit größter Abneigung gegenüberstanden, nicht aus Feindschaft gegen das Proletariat, sondern aus Liebe zu ihm, weil wir erkannt hatten, daß die breiten Massen des russischen Volkes unter der Diktatur seiner angeblichen Klassengenossen schwer seufzen mußten. Trotz dieser Abneigung den russischen Methoden gegenüber, konnten wir auch für die Westmächte und die zu ihnen übergegangenen deutschen Truppenteile, für die Armen, Kalischaks, Denikins und wie die zahllosen anderen Generale hielten, keine Sym-

pathie aufbringen, weil wir sie nicht als Befreier des russischen Volkes ansehen konnten, sondern sie für Vorboten einer neuen Unterdrückung hielten. Ob diese Befürchtung zutrifft, wird die nächste Zukunft erweisen. Allerdings ist nicht anzunehmen, daß die Herrschaft der siegreichen Generale in Westeuropa eine milde oder volksfreundliche sein wird. Die Ereignisse in Ungarn, die einen typisch ähnlichen Verlauf nahmen, wie die russischen, sprechen eine Sprache, die wir nicht überhören dürfen. Nach den letzten aus Ungarn zugegangenen glaubwürdigen Meldungen sind dort von den derzeitigen Machthabern als verbotene Schriften der Briefwechsel von Marx und Engels, sowie Bücher von Kautsky unterdrückt worden. Diese Verfügung spricht Bände und zeigt deutlich die Volksfeindschaft und soziologische Einsicht der ungarischen Herren von Ententegenaden. Wenn wir bedenken, daß der Ruß durchschnitlich gutmütiger

und unpolitischer Natur ist, so sind kaum ernste Widerstände gegen etwaige revolutionäre Bestrebungen der Generale lität zu erwarten.

Wie sich aber auch die Dinge in Rußland, das sich wiederholt in den letzten Jahren — in noch größerem Maße vielleicht als Amerika — als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten erwiesen hat, entwickeln mögen, für uns ist das Ende der Sowjetherrschaft, die innerlich unwahr und volksfeindlich in des Wortes schmalster Bedeutung gewesen war, nur ein Grund mehr, mit allem Nachdruck die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu fordern. Nicht um das Versäufeltes Friedenswerk, so schändlich es ist, zu sabotieren, oder um die Herrgötter-Schulmeister der Entente zu ärgern, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß Deutschland und Rußland durch die gemeinsame Not miteinander verknüpft sind und sich wirtschaftlich in mancher Hinsicht ergänzen können, selbst wenn die politische Annäherung nicht so bald vor sich gehen könnte. Eine wirtschaftliche Wiederaufrichtung beider Länder aber dürfte nur geeignet sein, die lokale Durchführung des Friedensvertrages, die im Sinne der deutschen Regierung liegt, wie von dieser wiederholt betont wurde, wesentlich zu erleichtern.

## Die Unternehmung der Kriegsschuld.

Erste öffentliche Sitzung.

Berlin, 21. Oktober 1919.

Im Sitzungssaal 1 des Reichstagsgebäudes trat heute morgen der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Der Unterausschuß besteht aus folgenden Abgeordneten: Abg. War muth (D.Nat.) als Vorsitzender, Abg. Gothein (Dem.) als stellvertretender Vorsitzender, Abg. Joos (Zentr.) als Schriftführer und Abg. Dr. Singheimer (Soz.) als Referent. Außerdem gehören dem Ausschuss an die Abgeordneten Dr. Co h n (Soz.), Frau Bü l l f (Soz.), Dr. Sch ü d i n g (Dem.), Dr. L u d w i g (Soz.). Schon vor 10 Uhr war der frühere Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, Bizekanzler a. D. Dr. Helfferich und Reichskanzler a. D. Graf Bernstorff erschienen. Zahlreiche Abgeordnete aller Parteien hatten sich eingefunden, dem Publikum standen etwa 75 Plätze zur Verfügung, der Presse etwa 25 Plätze. Auch die großen ausländischen Mächte waren vertreten. Als Sachverständige waren Professor Dr. Bonn-München, Professor Dr. Otto Höplich und Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Der Vorsitzende, Abg. War muth richtete in seiner einseitigen Anrede die Bitte an die Presse, in ihrem Urteil eine gewisse Zurückhaltung ausüben zu wollen, bis die Beweisaufnahme voll erschöpft sei. Nach Vereidigung der drei Sachverständigen erstattete Abg. Dr. Singheimer (Soz.) das Referat. Dem Ausschuss haben bisher nur die Geheimräten des Auswärtigen Amtes zu Gebote gestanden. Der Stoff soll in vier Perioden gegliedert werden. Die erste geht vom Ausbruch des Weltkrieges bis zu dem am 4. Mai 1916 an Wilson gerichteten „Suffern“-Note. Die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis 12. Dezember 1916, dem Tage des deutschen Friedensangebots, die dritte vom 21. Dezember 1916 bis zum 9. Januar 1917, wo im Hauptquartier zu Vich der rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen wurde. Die Schlussperiode reicht bis 31. Januar 1917, dem Tage, an dem Wilson die Note von dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg übergeben wurde und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden.

In der ersten Periode habe es sich nur um theoretische Erörterungen über Friedensmöglichkeiten zwischen dem Kaiser und der deutschen Regierung auf der einen und dem Reichskanzler Bethard auf der anderen Seite gehandelt. Im Laufe der zweiten Periode wurden dem Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen übergeben, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen. Das war insbesondere der Wunsch des Kaisers. Graf Bernstorff hat auf die Bereitwilligkeit Wilsons hingewiesen, den Frieden zu vermitteln. Leider werde die öffentliche Meinung in Amerika immer wieder zu unseren Ungunsten beeinflusst, insbesondere durch die belagerte Deposition und die Wirkung des U-Boot-Krieges. Am 18. Oktober 1916 hatte Herr von Bethmann im Hauptquartier eine Unterredung mit dem Grafen Burian, und es erfolgte das deutsche Friedensangebot. Das Besondere dieses Friedensangebots wurde Anfang Dezember dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensaktion übernehme. Ein Brief des Grafen Bernstorff stellte einen Schritt Wilsons spätestens für Neujahr in Aussicht. Hier wird namentlich als Frage in Betracht kommen, warum trotzdem die Friedensaktion durch uns erfolgte. Für die dritte Periode war das Wesentliche in Wilsons Vermittlungsangebot die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Zimmermanns Antwort enthält indessen keinerlei Andeutung davor. Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht mit, daß ein äußerst ernst zu nehmender Friedensappell Wilsons in Aussicht stünde, auf den auch die andere Seite eingehen werde, wenn offen und klar die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo wieder hergestellt würde und in bezug auf Belgien der Schaden wieder gutgemacht würde. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember 1916 in Berlin bekannt, am 26. Dezember antwortete Staatssekretär Zimmermann, daß er auf die Forderung nicht eingehe, konkrete Friedensbedingungen anzugeben. Unbedingt notwendig ist es, die Natur der formulierten Friedensbedingungen kennen zu lernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der obersten Herrschaft vereinbar waren. Eine andere Frage ist die, ob etwa damals militärischerseits ein Einfluß ausgeübt worden ist. Das läßt sich nur durch Vernehmung der Zeugen klären. In der Zwischenzeit bis zur Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges machte Graf Bernstorff wiederholt den energischen Versuch, wenig-

stens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen zu erhalten, und er hatte inzwischen wiederholte Unterredungen mit dem Obersten House. Staatssekretär Zimmermann gab in seinem Schriftwechsel mit dem Reichskanzler zunächst nur ganz allgemeine Antworten und am 7. Januar 1917 bat er den Grafen Bernstorff, die Frage der vertraulichen Mitteilung der Friedensbedingungen dilatorisch (verzögernd) zu behandeln. Am 9. Januar wurde dann der rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen, worauf Graf Bernstorff wiederholt energisch gewarnt hatte. Es würde sonst unbedingt zum Kriege kommen, auch seien die Hilfsquellen Amerikas unerschöpflich. Am 26. Januar telegraphierte Graf Bernstorff, daß Oberst House im ausdrücklichen Auftrag Wilsons uns von neuem Friedensvermittlungen angeboten habe, er wolle unter allen Umständen diesen Krieg vermeiden und wünsche eine Beendigung ohne Sieger und Besiegte. Alle Vorbereitungen zur Friedensaktion seien getroffen. Darauf reiste Bethmann nach dem Hauptquartier und telegraphierte an Bernstorff, es sei zu spät; eine Rücknahme des U-Boot-Krieges sei nicht mehr möglich. Die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich die Friedensbedingungen mitzuteilen. Dies geschah am 28. Januar behufs Mitteilung an Wilson. Es heißt aber nur in dieser Mitteilung, es seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen. Am 31. Januar wurde dann die Note über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg übergeben, worauf der Abbruch der Beziehungen mit Amerika folgte. Auch dann schickte sich Wilson offenbar noch, in den Krieg einzutreten, worauf die Tatsache hinweist, daß er die gleichlautende Erklärung des österreichischen Reichskanzlers verheimlichte. Ueber die Schweiz ist dann gemeldet worden, Wilson suchte weiter den Frieden zu vermitteln und verlangte nur eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges auf Amerika nicht ins Auge faßte, oder sie wieder zurückziehe. Darauf wurde ablehnend geantwortet und im März wurde der Krieg erklärt, nachdem das mexikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde, das schon im Januar abgehandelt worden war.

Hierauf wurde in die

Vernehmung des Grafen Bernstorff

eingetreten. Dieser machte zuerst Mitteilungen von zwei erfolglos gebliebenen Friedensvermittlungen Wilsons im August und September nach Ausbruch des Krieges. Er wies auch auf die Neutralitätserklärung Wilsons vom August 1914 hin. Nachdem das zweite Friedensangebot am Widerstand der Entente gescheitert war, hielt sich Wilson mehr zurück, landete aber trotzdem bei Obersten House im Winter 1914/15 nach Paris, London und Berlin zur Vorbereitung von Friedensvermittlungen. Nach seiner Rückkehr von Berlin sagte er, es wäre noch niemand bereit, auf einen Frieden einzugehen, er würde aber später wieder nach Europa gehen. Zum ersten Male sprach Wilson mit Graf Bernstorff über den Frieden, als dieser nach der „Lusitania“-Angelegenheit eine Audienz bei ihm hatte. Würden wir, so sagte Wilson damals, den U-Boot-Krieg aufgeben, so würde er auf Aufhebung der englischen Aus Hungerrung drängen, worauf das englische Kabinett eingehen würde, und er hoffe, daß damit ein Anfang gemacht sei für eine Friedensaktion im großen Stil. Das war am 2. Juni 1915. Der Reichskanzler machte dann weitere Mitteilungen über die diplomatischen Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über die „Lusitania“-Angelegenheit. Als Deutschland abgelehnt hatte, die Versenkung der „Lusitania“ für ungeschicklich zu erklären, gab Wilson nach. Wir sollten nur erklären, daß derartige Repressalien Neutralität nicht treffen würden. Diese Erklärung war eben fertig und sollte ausgetauscht werden, als in Berlin der verschärfte U-Boot-Krieg erklärt wurde (noch nicht der unbeschränkte). Es kam eine Einigung zustande, wonach der U-Boot-Krieg von nun an nach den Grundsätzen des Kreuzerrieges geführt werden sollte. Am 1. Januar 1916 war Oberst House zum zweiten Male in Berlin. Nach seiner Rückkehr erklärte er dem Reichskanzler Graf Bernstorff, daß der Hauptwiderstand gegen den Frieden vorläufig noch in Paris zu finden wäre, daß er in England eine gewisse Bereitwilligkeit gefunden hätte, und auch in Berlin hätten sich bereit erklärt, zu geeigneter Zeit auf eine amerikanische Friedensvermittlung einzugehen. In einem Telegramm des Reichskanzlers Gerard nach Erklärung der „Suffern“-Affäre hieß es, daß wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland noch einige Zeit hingehen müsse, daß es aber im allgemeinen der Wunsch sei,



Wilson's Friedensvermittlung anzunehmen. Es müßte aber verlangt werden, daß Wilson vorher gegen England vorgehe. In vertraulichen Besprechungen in der Obersten Haus dem Grafen Bernstorff, Wilson hätte nicht mehr die Macht, England zu zwingen, dem völkerrechtlichen Norden zu gehorchen, weil der amerikanische Handel zu sehr mit der Entente gebunden wäre. Er wäre in der Lage, einen Frieden ohne Sieg herbeizuführen, und hätte die Macht dazu, sobald die Gelegenheit käme. Er könne aber einen solchen Schritt nur dann tun, wenn die öffentliche Meinung in Amerika sich etwas über die Beziehungen zu Deutschland beruhigt hätte. Er hoffe Ende des Sommers die Friedensvermittlung bestimmen zu können. Aus der Besetzung der Antarktis, die dem Grafen Bernstorff am 18. August mitgeteilt wurden, ergibt sich die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Annahme einer Vermittlung des Präsidenten Wilson, wie können uns aber noch nicht auf irgend welche Antarktis-Expeditionen verpflichten. Nach diesen Informationen sagte Oberst Hauke dem Grafen Bernstorff, daß eine Vermittlung Wilsons sehr unwahrscheinlich und daher ausgeschlossen wäre, weil infolge des Eintritts Rumänens in den Krieg die Entente völlig siegesgewiß geworden wäre.

Er wiederholte diese Erklärungen ausdrücklich, nachdem Referent Dr. Singheim auf ein Telegramm des Reichsstatistikers Behrmann-Holweg vom 2. September hingewiesen hatte, in welchem die gute militärische Lage der Mittelmächte betont worden war.

Der Vorsitzende War m u t h wies darauf hin, daß das Beihmannsche Telegramm vom 2. September die Antwort auf ein Telegramm der deutschen Regierung vom 18. August gewesen sei. Graf Bernstorff erwähnte ein vom Kaiser selbst geschriebenes Memorandum, das dem Vorkämpfer Gerard, als er auf Urlaub fahre, nach Amerika mitgegeben werden sollte.

Referent Dr. Singheim bemerkte, daß dieses in englischer Sprache abgefaßte Memorandum sich nur auf den U-Boot-Krieg und nicht auf die Friedenssanktion beziehe.

Graf Bernstorff bemerkte, daß gerade dieses Memorandum in Amerika den tiefsten Eindruck gemacht habe. Es ist daher vom 9. Oktober und stütze sich auf eine Unterhaltung, die Vorkämpfer Gerard in Charleston mit dem Kaiser gehabt hätte. Der Vorkämpfer konnte dieses Memorandum nicht mehr mitnehmen, daher wurde es an den Grafen Bernstorff telegraphisch und dieser übergab es dem Obersten Hauke zur Weitermittlung an Wilson. Durch dieses Memorandum wurde, wie Graf Bernstorff auf Anfrage des Abgeordneten Dr. Cohn jetztstelle, bei der amerikanischen Regierung die feste Überzeugung erweckt, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, eine Vermittlung Wilsons anzunehmen. Durch die Wahlen in Amerika erfüllt die Friedenssanktion eine Verzögerung. Ferner hat Graf Bernstorff erfahren, daß Wilson die Friedensnote am 18. Dezember schon Mitte November aufgeschickt, aber in seinem Schreibratzen behalten hatte, weil damals in Amerika wieder wegen der belgischen Deportationen eine antideutsche Welle durch das Land ging. Oberst Hauke hat ihm mitgeteilt, daß das schon Mitte November fertige Friedensangebot nicht abgeschickt worden sei, weil Wilson es wegen der Volkshimmung nicht organisieren konnte.

Der Vorsitzende War m u t h machte auf die besondere Wichtigkeit des Berichtes des Grafen Bernstorff über diesen Punkt aufmerksam. Auch der Referent Dr. Singheim bemerkte, daß Graf Bernstorff in einem Telegramm vom 4. Dezember hervorgehoben habe, wie die Frage der belgischen Deportationen die Stimmung in Amerika gegen Deutschland wieder verschlechtert habe gerade in dem Augenblick, wo es so aussah, als ob Friedensverhandlungen beginnen könnten. Auch in einer Instruction des Reichsstatistikers v. Behrmann-Holweg ist darauf hingewiesen worden, daß die Marine den unbeschränkten U-Bootkrieg wünsche, daß sich die Gesamtlage aber dadurch ändern könnte, daß Wilson den Mächten eine Friedensvermittlung vorschlagen würde. Der Reichsstatistiker erkläre den Grafen Bernstorff, die Unmöglichkeit mit Oberst Hauke zu besprechen. Ein Friedensschritt des Präsidenten würde bei uns ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Diese Instruction des Reichsstatistikers vom 20. September wurde noch durch eine andere vom 14. Oktober ergänzt, in der es heißt, daß Präsident Wilson nach wie vor zu einer Aktion ermutigt werden möchte, die von uns gern angenommen würde. Wenn er diesen Schritt nicht tun möchte, sollte er sich mit dem Vorschlag, mit dem König von Spanien und den europäischen Mächten in Verbindung setzen.

Darauf erwiderte der Vorkämpfer Graf Bernstorff, daß nach amerikanischer Anschauung eine gemeinsame Aktion nicht zu haben kommen könne. Auch der Reichsstatistiker v. Jagow hat in einem Privatbrief an den Grafen Bernstorff vom 20. November betont, daß wir den Friedenswünschen des Präsidenten Wilson nach wie vor sympathisch gegenüberstünden. Hierauf erwiderte Graf Bernstorff in einem Telegramm vom 24. November: Wilson beauftragte Oberst Hauke, mir streng vertraulich zu sagen, daß er möglichst bald einen Friedensschritt zu wollen, vorzuziehen wünschte, und daß er mich darüber in Kenntnis setzen würde, wenn er sich für eine solche Abklärung durch unsere Hände zu entscheiden.

Auf eine Frage des Abg. K o h n e r n erklärte Graf Bernstorff, daß das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember von der amerikanischen Regierung als eine Gefährdung ihrer Friedensaktion angesehen worden sei. Das habe ihm Oberst Hauke im Auftrage des Präsidenten gesagt.

Professor Sonn jagte, wann Graf Bernstorff Mitteilung erhalten habe, daß Deutschland ein Friedensschritt hätte finden werden.

Graf Bernstorff erwiderte, daß über den Akt zwei Telegramme lagen, das eine vom 16. November.

Professor Sonn: Sie hatten also keine Zeit, in Berlin darauf aufmerksam zu machen, daß ein Friedensangebot unannehmlich für die amerikanische Aktion sehr schnell empfunden werde?

Graf Bernstorff: Soweit ich mich entsinne, hatte ich keine Zeit mehr, zu telegraphieren.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss bemerkte Graf Bernstorff, die Amerikaner hätten immer an dem Standpunkt gehalten, eine Friedensvermittlung könne nur stattfinden in einem Augenblick, wo Deutschland fast sei. Infolgedessen müßte er immer wieder darauf hinweisen, daß bei uns weder in der Presse, noch von der Regierung irgendwelche vom Frieden gesprochen wurde, denn sonst würde immer eine amerikanische Friedensvermittlung gefordert werden. Auch teilte Graf Bernstorff mit, daß Oberst Hauke ihm gegenüber behauptet habe, daß Deutschland einen Friedensschritt gehen hätte. Er befürchte, der Wilsons Vorschlag dadurch gestört zu werden.

Auf die ausdrückliche Frage des Abg. Singheim, ob unter Friedensangebot vom 12. Dezember als eine Durchbrechung der amerikanischen Aktion angesehen war, erklärte Graf Bernstorff, daß er nicht sagen möchte „Durchbrechung“, aber „Erweiterung“.

Auf Anfrage Dr. Cohn erklärte Graf Bernstorff, den Eindruck gehabt zu haben, daß die amerikanische Regierung durch das deutsche Friedensangebot förmlich enttäuscht war, weil ihr dadurch die Möglichkeit genommen wurde, den ersten Schritt zu tun.

Professor Sonn jagte, ob Oberst Hauke gesagt habe, ein deutsches Friedensangebot würde als Schwäche angesehen werden?

Darauf erwiderte Graf Bernstorff: Ganzal hat er mir gesagt, daß die Friedenssanktion Wilsons dadurch gestört wurde, daß bei der Entente die Auffassung bestände, daß wir das Friedensangebot nicht gemacht haben würden, wenn wir den Frieden nicht so nötig bräuheten. (Bewegung.)

Abg. Dr. Singheim: Ich habe als Ergebnis der heutigen Sitzung sich geben Sie (zu Graf Bernstorff) die Information in dem Sinne aufgeschickt, daß Sie den Präsidenten Wilson oder Oberst Hauke ermuntern oder bestärken sollten, eine Friedensaktion zu unternehmen?

Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.)

Abg. Dr. Singheim: Hat Wilson bereit, diesen Schritt zu unternehmen?

Graf Bernstorff: Ja.

Abgeordneter Dr. Singheim: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundfrage einzugehen auch ohne konträre Friedensvorschlüge unternimmt?

Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.)

Hierauf wird die Vernehmung abgebrochen. Fortsetzung Mittwoch, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr. Schluß 12 1/2 Uhr.

## Deutsche Nationalversammlung.

### Heeresbetriebe und Besatzungsarmee.

Die Beratung des Etats des Reichschatzministeriums brachte die Sprache auf die Umwandlung der Heeres- und Marinebetriebe und auf die Kosten der feindlichen Besatzungsarmee. Reichschatzminister Mayer legte dar, welche Aufgaben seinem Amte seit Kriegsende zu erwarten sind und wie deren Bewältigung auch heute noch die größten Schwierigkeiten bietet. Der Wert der vorhandenen geretteten Heeresgüter übersteigt die ursprüngliche Schätzung um zwei Milliarden — eine sehr erfreuliche Erscheinung in unserem mankoreichen Staatsleben. Die Umstellung der Heereswerkstätten und der vielen Heeres- und Marinebetriebe auf Friedenswirtschaft macht viel Kopfzerbrechen. Was beim Aufbau leicht hätte berücksichtigt werden können, ist heute oft nicht mehr zu ändern. Die Staatsbetriebe, die zusammen im Reichschatzministerium vereinigt werden, bilden den größten Industriezweig der Welt darstellen. Diese Umstellung zum Zivilerbetrieb muß man begründen. Hoffentlich wird der Zentrumsminister dafür sorgen, daß ein sozialer und kein fiskalischer Geist das Ganze durchweht! — Traurig stimmten die Mitteilungen des Ministers über das allgemeine Wanken der alliierten Soldateska auf deutschem Boden. Die Herren Offiziere wollen auch innerhalb des deutschen Staats gut leben, sogar Wohnungen werden für sie gebaut werden müssen. Das Vorhandene scheint den Anforderungen dieser Kriegsgewinner nicht zu genügen. Lernen wir im alten Deutschland den Militarismus hoffen, so sorgt die Entente auch nach dem Verschwinden der Wilhelmischen Garden, daß dieser Haß nicht schwindet. Die Herren um Sodj werden sich nur bessern, wenn ihnen die Erkenntnis kommt, daß sie sich selbst schaden, wenn sie die deutsche Milchkuh allzusehr für Füllefang beanspruchen.

Genosse Siebel trat für die Arbeiter ein, die durch die Umstellung der Heeresbetriebe in ihrer Existenz schwer betroffen sind, und verlangte, die Regierung möge bei Entlassungen die verheirateten Arbeiter berücksichtigen.

104. Sitzung, 21. Oktober 1919  
Im Regierungssaal: Mayer.

Anfragen.  
Auf eine Anfrage des Abg. Bergmann (3.) erklärt die Regierung: Die Ausfuhr von Getreide wird mit Gefängnis bestraft. Eine gänzliche Verhinderung solcher Schiebungen werde erst möglich sein, wenn es gelingt, die alte Zollgrenze wieder herzustellen. Die Nachrichten in der Presse sind vielfach übertrieben.

Das Reichschatzministerium.  
Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichschatzministeriums. Verbunden damit wird der Bericht des Ausschusses über die Militärverhältnisse.

Reichschatzminister Mayer (Kaufbeuren): Der ordentliche Ausgabenetat des Reichschatzministeriums stellt sich für das laufende Jahr auf insgesamt 432 Millionen Mark. Dazu treten die außerordentlichen Aufwendungen für einmalige Ausgaben während des laufenden Jahres in Höhe von 1,8 Milliarden Mark. In den Aufgaben des Reichschatzministeriums gehören 1. Verwaltung und Verwertung der mobilen und immobil gewordenen Heeresgüter, 2. Die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen des Reiches und 3. die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften. Bei 2 handelt es sich um große Unternehmungen des Reiches auf dem Gebiete der Stickstoffgewinnung, der Elektrizität und Aluminiumherstellung. Die in Liquidation tretenden Kriegsgesellschaften, die bekanntlich vom Reichschatzministerium reorganisiert, werden in den Geschäftsbereich des Reichschatzministers überführt. Alle mobilen Heeresgüter, die noch vorhanden sind, sind heute in unserer Hand. Werte im Betrage von 150 Millionen Mark sind bereits in die Hand des Reiches zurückgeführt. Ueber 400 Millionen, die zum größten Teil auch dem Reich zurückzuführen werden, sind bereits noch Verhandlungen. Das Reichschatzministerium hat seinerzeit den gesamten Wert der noch geretteten Heeresgüter auf drei Milliarden Mark geschätzt. Bis heute aber ist es uns schon gelungen drei Milliarden aus dem Heeresgüter zu erlösen. Nach meiner Schätzung befindet sich noch für etwa zwei Milliarden Mark mobiles Heeresgut in Deutschland. Die immobil Heeresgüter müssen auf den Friedensstand zurückgeführt werden. Die Heeresbetriebe werden in Gesellschaftsform übergeführt und nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben werden. Die große gewaltige Industrieentwicklung des Reichschatzministeriums wird den größten Industriezweigen der Welt darstellen. Die Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe auf die Friedenswirtschaft bereitet große Schwierigkeiten, da bei der Einrichtung der Betriebe hierauf nicht Bedacht genommen worden ist. Ein Umbau der Anlagen ist meist nicht möglich. Für die Beamten und Arbeiter, die nicht übernommen werden können, soll nach Möglichkeit anderweitig gesorgt werden. Diese Verhältnisse werden durch einen demnächst vorzulegenden Gesetzentwurf geregelt werden. Wir haben so weit es möglich ist, die Arbeitslosigkeit eingeführt, um den nötigen Auftrieb zu erzielen. Es besteht die Hoffnung, daß wir genügend Aufträge bekommen, um die vorhandenen Arbeiter zu beschäftigen. Es ist beabsichtigt, über diese Aufgaben der Nationalversammlung eine eingehende Debatte vorzulegen. Das Reichschatzministerium ist in Zukunft Eigentümer aller Liegenschaften des Reiches. Auch die ganze aktive Militärverwaltung wird dem Reichschatzministerium übertragen, außerdem die Kosten des Besatzungsheeres und die Reichssermögensverwaltung. Der Unterhalt der Besatzungsarmee im Westen erfordert im Jahre den Betrag von 1,2 Milliarden Mark. Außer diesen Beträgen muß noch mit erheblichen Summen für den Bau von Wohnungen für die Offiziere im Westen gerechnet werden. Die Überwachungsansätze dürften jährlich 60 Millionen kosten. Man muß daher für die interalliierten Besatzungsarmeen heute schon mit einer Gesamtausgabe von mindestens 2 1/2 Milliarden Mark rechnen. (Hört, hört!) Im August dürften es 400 000 Mann gewesen sein. Unter „Unterhalt“ haben wir die Inveränderung und Verpflegung der Truppen verstanden. Die Offiziere verleben darunter aber sämtliche Ausgaben jedweder Art, die mit der Besetzung durch feindliche Truppen irgendwelche Zusammenhänge. Eine Bereinigung der Unterhaltskosten wurde bisher noch immer ohne jede Begründung abgelehnt. (Hört, hört!) Die Requisitionen werden in den ersten neun Monaten auf etwa 900 Millionen Mark geschätzt. Wir haben wiederholt über die Herabsetzung der Besatzungsarmee verhandelt. Endlich wurde uns eine Herabsetzung nach der Requisitionen zugesagt, schriftlich wurde aber in einer Antwortnote eine erschwerende Antwort gegeben. Unmittelbar nach Kriegsende sollen in Berlin zwei Überwachungsstellenmillionen ein treffen, für deren Unterbringung mehrere große Hotels mit Hunderten von Zimmern, sowie Garagen für 60 Automobile erforderlich sein werden. Diese Überwachungsstellenmillionen wird dem Reichschatzministerium eine Kommission von 6 Offizieren gegenübergestellt. Für jeden auch nur oberflächlichen Kennet unserer Wirtschaft und Finanzlage ist es unbedingt klar, daß dieser Zustand nicht

länger so andauern darf, wenn Deutschland seinen militärischen Verpflichtungen gegenüber der Entente gerecht werden soll. Diese Maßnahme würde als Dauermaßnahme einen Auslegungssatz darstellen, der in letzter Linie der Entente zum Schaden gereichen muß. (Sehr richtig.) Nach dem Friedensvertrag müssen die Besatzungsarmee auf das notwendige Maß eingeschränkt werden. Die Besatzungsarmee müssen Requisitionen in dem Maße unterlassen, in dem unsere eigenen Behörden den Bedarf der Truppen decken. Die Entente darf unserer Verhaltung in den besetzten Gebieten keine Schwierigkeiten bereiten. Die Reichsregierung weiß sich in ihren Forderungen einzig mit der ganzen Nationalversammlung, mit dem ganzen deutschen Volk, und weiß auch, daß diese Forderungen im Zustand von jedem Billigstehenden als gerecht anerkannt werden müssen. (Lobh, Beifall.)

Abg. Siebel (SO.): Die Alliierten sollten bedenken, daß sie nicht zu einem reichen Mann kommen. Sie sollten sich den Verhältnissen unseres Landes anpassen und bei der Besetzung größte Sparlichkeit walten lassen. Bei der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe handelt es sich um eine Existenzfrage der Arbeiterschaft. Die Verzögerung der Entmilitarisierung der Betriebe hat die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben. Jetzt werden aus den Heeres- und Marinebetrieben, die in Friedensbetriebe umgestellt werden, 200 000 Arbeiter entlassen, die dort bisher eine bescheidene Existenz gefunden haben. Es hätte keine so große Zahl von Entlassungen erfolgen sollen, so lange man sich über die Möglichkeit und Art und Weise der Umstellung nicht klar war. Bei den notwendigen Entlassungen sollten soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Von dem kaufmännischen Geist, der ins Ministerium eingezaugt ist, versprechen wir uns sehr viel. Die Betriebsleiter hätten man behalten müssen. Die Staatsbetriebe müssen Musterbetriebe werden. Das Reichsverwaltungsamt hat das Reichsinteresse den Schiefern und Betrügnern gegenüber nicht immer ausreichend gewahrt. (Lobh, Beifall bei den Soz.)

Abg. Erling (3.): Die bedeutendste Aufgabe des Ministeriums ist die Umstellung der Heeresbetriebe in Friedensbetriebe. Die Zahl der Beamten müsse verringert werden, Leute, die Terror treiben, muß man entlassen.

Abg. Gothein (Dem.): Es ist bedauerlich, daß die Entente so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit Deutschlands zeigt. Das Schicksal im Westen wäre ohne die Bestochlichkeit der gegnerischen Truppen garnicht möglich.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Mittwoch, den 22. Oktober. Schluß 5 1/2 Uhr.

## Der Friedensstermin noch anbeingegeben.

LU. Zürich, 21. Oktober. Nach einer Pariser Meldung hat der Oberste Rat beschlossen, dem Oberkommando der Verbündeten die Bestimmung des Datums anzuvertrauen, wann der Friedensvertrag in Kraft treten soll. Paris wurde zum Ort der Zusammenkunft des Rates des Völkerbundes bestimmt. Nach der erfolgten Ratifikation durch Deutschland und drei Vertragsmächte hält sich der Oberste Rat für ermächtigt, die Einberufung der ersten Versammlung des Völkerbundes anzuordnen, ohne die Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten abzuwarten.

## Finland macht die Blockade mit.

Nach einer „Reuter“-Meldung aus Helsingfors hat der finnische Minister des Äußeren den Obersten Rat benachrichtigt, daß Finland entsprechend der Entente-note bezüglich Sowjet-Rußlands handeln werde.

## Der Demonstrationstreik am Niederrhein.

(Der gesamte Verkehr ruht.)

Aus Arefeld wird berichtet: Hier ist Montag nachmittag um 3 Uhr die gesamte Arbeiterschaft in den Zustand getreten. Um 4 Uhr nachmittags stellten auch die Straßenbahnangestellten ihre Tätigkeit ein. Der gesamte Verkehr am Niederrhein ruht. Seit zwei Tagen fahren auch die Züge der Staatsbahnen nicht mehr. Bei einer Demonstration unter freiem Himmel, an der etwa 15 000 Personen beteiligt waren, wurde der Beschluß gefaßt, Protest gegen die Übergriffe der belgischen Besatzungsarmee zu erheben.

## Generaltreik in Saarbrücken.

Nach Meldungen aus Saarbrücken ist dort der Generaltreik ausgebrochen. Die Eisenbahner und Metallarbeiter legen gemeinsam die Arbeit nieder. Der Belagerungszustand wurde erklärt. Die Eisenbahner verlangen die unmittelbare Durchführung ihrer bereits früher aufgestellten Forderungen. Die Beteiligung der anderen Arbeiterkategorien ist als Sympathietreik anzusehen.

In Homburg, Wionville und Rombach (Lothringen) haben die Streikenden gewaltig sämtliche Hochöfen ausgeblasen.

## Die Polen und der 9. November.

Wie die Kattowitzer „Gazeta Ludowa“ erzählt, wird der 9. November als Jahrestag der Vertreibung der Preußen aus Poley in Warschau feierlich begangen werden.

## Kleine politische Nachrichten.

Die Regierung in Washington hat beschlossen, die internationale Arbeiterkonferenz auf einige Zeit zu vertagen.

Nach einer der deutschen Regierung jüngst aus der Schweiz zugegangenen Meldung ist damit zu rechnen, daß bis Weihnachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgeleitet ist.

Der ehemalige Kaiser hat seinen Berliner Rechtsbeistand beauftragt, gegen den Schauspieler Ferdinand Bong, den Verfaßter des Kaiserfilms, Klage zu erheben wegen Beleidigung, Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung der Aufführung, die bisher nur in Berlin verboten ist.

Im Besonderen des Abg. Haase ist eine leichte Besserung eingetreten, so daß man hofft, ihn am Leben zu erhalten.

In Dresden sind die Leichenräger in den Ausstand getreten; sie fordern 100 Prozent Lohnzuschlag und eine Entschädigungssumme von 500 Mk.

England hat bei der Firma Morgan in New York einen neuen Pump von 250 Millionen Dollar aufgenommen.

In Chile ist eine Ministerkrise eingetreten. Das Koalitionsministerium ist zurückgetreten.



# Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 22. Oktober.

## Zur Lage auf dem Hochofenwerk.

In dem Bemühen um Beendigung des Streiks am Hochofenwerk kam es Dienstag nach langwierigen Vorverhandlungen mit dem Arbeiterratsrat und der Direktion dahin, daß sich der Ausschuss bereit erklärte, den Schiedspruch, wie er auch ausfallen möge, in der Vollversammlung der Arbeiter zur Annahme zu empfehlen. Der Demobilisationskommissar Dr. Linz stellte diese Bedingung vor Eintritt in die Verhandlungen, da es nennenswertenfalls keinen Zweck hätte, wenn sich das Schiedsgericht hundertlang mühen würde. Für diese notwendige Voraussetzung ersprachen die Verhandlungen auch die Beifügung ein. Das Schiedsgericht trat dann abends zusammen und tagte bis gegen 1/3 Uhr nachts. Es entschied einstimmig dahin, die Forderung sowohl auf Wirtschafsheilfisse als auch auf Zahlung der Streiktagelöhne abzulehnen. Es handelte sich um einen Tarifbruch, wenn es auch an und für sich berechtigt sei, während der Tarifdauer eine Forderung auf Wirtschaftshilfe zu stellen. Betont wurde, daß die Lebenshaltung teurer geworden sei und daß sich die Annahme von Direktor Dr. Neumann von einer eintretenden Verbilligung nicht bewahrt habe. Um einen Ausgleich zu finden, empfahl das Schiedsgericht beiden Parteien, den am 1. Dezember ablaufenden Tarif schon am 1. November als abgelaufen zu betrachten, heute die Arbeit wieder aufzunehmen und sofort in neue Tarifverhandlungen einzutreten.

Wie wir weiter erfahren, hat die Betriebsversammlung der Hochofenarbeiter heute früh sich insofern mit dem Schiedspruch einverstanden erklärt, daß der Arbeiterratsrat beauftragt wurde, sofort mit der Direktion in Verbindung zu treten, um den Tarif zum 1. November neu abzuschließen und zu verbessern. Dem Ausschuss wurde der Auftrag mit auf den Weg gegeben, eine Bezahlung der Streiktagelöhne zu erwirken. Donnerstag morgen soll eine weitere Versammlung endgültig beschließen. Die Arbeit ruht also vorläufig noch.

**Einschränkung des Zugverkehrs.** Die Generaldirektion in Schwerin beginnt mit den Zugbeschränkungen am 26. Oktober und zwar nur an Sonn- und Festtagen. Auf den Hauptstrecken werden dann noch zwei bis drei Züge und auf den Nebenstrecken nur noch ein Zug in jeder Richtung verkehren. Zwischen Hamburg-Lübeck-Warnemünde-Stein fahren dann Sonn- und Festtags: Zug Nr. 309 Lübeck ab nach Meddenburg 7<sup>30</sup> vorm., Zug Nr. D 7 Lübeck ab 9<sup>30</sup> vorm., Zug Nr. 307 Lübeck ab 5<sup>30</sup> (bis Neubrandenburg), Zug Nr. 308 Lübeck ab nach Hamburg a (von Neubrandenburg) 11<sup>30</sup> vorm., Lübeck ab 8<sup>30</sup> nachm., Zug 340 Lübeck ab 9<sup>30</sup> nachm.

**Regierungs- oder Parteipolitik.** Unter dieser Stichmarke brachten die „Lübeckischen Anzeigen“ vorige Woche einen Zeitartikel über sozialdemokratische Parteipolitik, die angeblich regierungstreu in Schleswig-Holstein betrieben wird. Insbesondere im Kreis Wismar soll es herabwürdigen gehen, allwo der Amtsvorsteher im Gutsbezirk Salgau durch Vernachlässigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Lützen belästigt werde, der auch Gewehre des Kreisvereins beschlagnahmt habe. Der Oberpräsident Kürbis fände diesen Revolutionsakt noch den Rücken, treibe also Partei, statt Regierungspolitik. Der Artikel sagt weiter, L habe einen Landarbeiterstreik inszeniert und dabei gleichfalls Unterstützung vom Genossen Kürbis erhalten. Den Schluß bildet die agrarische Drohung:

„Solange die Regierung nicht aufhört, eine solche bodenlose Parteipolitik zu treiben, kann sie es nicht rechtfertigen, wenn aus ihren Kreisen über den Widerstand derjenigen Klasse geführt wird, die die Mächtschancen solcher Elemente, wie des „Beigeordneten“ Lützen, als große Gefahr für die Staatsordnung ansehen.“

Wir konnten die Anklagen, soweit sie sich auf Einzelheiten am Orte beziehen, nicht nachprüfen und holten nähere Erkundigungen ein. Da ergab sich denn, daß der Artikel aus dem Wismar Wochenblatt stammt, das unsern Genossen Kürbis gern etwas am Zeuge steht. Selbst dem landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband ist der Artikel des Wismar Wochenblatts — den unser Amtsblatt mit Beihagen nachdruckt — auf die Nerven gefallen. Mit dem Landarbeiterstreik auf Salgau hatte Genosse Kürbis gar nichts zu schaffen, wohl aber ist auf sein Eingreifen der Streik an demselben Tage beendet worden, an dem die „Lübeckischen Anzeigen“ ihre Verleumdungen gegen ihn mit verbreiten halfen. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes erklärte das geschickte Eingreifen des Oberpräsidenten Kürbis selbst an. Von unserm Amtsblatt erwarten wir diese Anerkennung nicht, wohl aber, daß es sich in seiner blinden Hege gegen sozialdemokratische Regierungsmitglieder in Zukunft mehr von der Wahrheit leiten läßt, auch dann, wenn die Ohrenbläser einer „agrarischen Minderheit“ angehören.

**50-Mark-Reichsbanknoten mit bestimmten Seriennummern** sind echt. Zeitungsanzeigen zufolge sollen Reichsbanknoten zu 50 Mk. mit bestimmten Seriennummern falsch sein. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, entbehren diese Gerüchte jeder Begründung. Sie sind anscheinend darauf zurückzuführen, daß Fälscher bei Herstellung ihrer Scheine auch die Nummern echter Noten übernehmen. Von einzelnen Banken sollen sogar Verzeichnisse bestimmter Fälschstücke (unter Zugrundelegung der Seriennummern) veröffentlicht sein. Seitens der Reichsbank sind Noten mit bestimmter Kontroll- und Seriennummer noch niemals für ungültig erklärt worden.

**Tarifbewegung im Bankgewerbe.** Der Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestellten - Verbände, Ortsausschuss Lübeck, hat beantragt, den zwischen ihm, den vertragsschließenden Gehilfenverbänden und Bankiers in Lübeck und der Kommission des Deutschen Bankbeamtenvereins e. V., Zweigverein Lübeck, am 20. Juni 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Bankangestellten gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet der Stadt Lübeck und für das Schwartau für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 31. Oktober 1919 erhoben werden und sind unter Nummer 3, B. R. 3102 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstraße 33, zu richten.

**Entlassungsanträge.** Mehrfachen Anfragen gegenüber können wir mitteilen, daß diejenigen Militärentlassenen, die noch Anspruch auf einen Entlassungsantrag haben, in nächster Zeit diesen ausgehändigt erhalten. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind die Bekleidungsstücke nach hier unterwegs.

**Zum Bericht des Bauern- und Landarbeiterrats** geht uns von Herrn Maßke ein Schriftstück zu, in dem er sich gegen die Verfertigung eines Redners im Bauernrat über Kleinrentelungen und Domänen wendet. Der Einsender betont, daß sich nicht jede Domäne in der Nähe unterer Stadt reiflos zu Siedlungen aufteilen lasse, daß aber der Großgrundbesitz in landwirtschaftlichen Gegenden seine Bedeutung habe. Im Verhältnis zu seinen Landstellen hätten die Großbesitzer schlecht abgeliefert. Der Bauernrat habe die Bevölkerung irreführt, weil einige Mitglieder ihre Vorteile gewahrt hätten wollen. Der Rat habe weder für eine gute Bodenbestellung gesorgt, noch schlechte Milchreferenzen kontrolliert oder zur Bestrafung gemeldet. Bei der Handlungsweise der Sachverständigen müßten die Behörden zu falschen Ergebnissen kommen. Der übermäßig gewinnbringende Gemüsebau habe die Landwirtschaft davon ab, Körnerbau und Viehzucht in heute schon möglichen Maß zu betreiben. Aus sich selbst heraus werde die Landwirtschaft nicht zur segensreichen Friedensstätigkeit kommen. Als Kommissionsmitglied der Volksversammlung über Siedlungsfragen hat der Einsender Interesse, die unrichtigen Mitteilungen eines Bauernratsmitgliedes zu kennzeichnen.

**Schöffengericht.** „Sie sind ein großer Affe!“ Diese Worte hatte der Gastwirt B. zu einem auf dem hiesigen Postamt am Schalter beschäftigten Fräulein gesagt, weil sie, nach seiner

Meinung, in unberechtigter Weise, ihn auf die Abfertigung warten ließ. Der „große Affe“ kostete den Angeklagten 10 Mk. Das Gericht nahm mildernd an, daß B. die Worte in der Erregung gesprochen hat. — Wegen Verleumdung des Leiters der hiesigen Zentralfeste zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, wurde der Kaufmann M. zu 30 Mk. verurteilt. Die Verleumdung wird in einem vom Angeklagten geschriebenen Brief erklärt. — In die Gewerbeschule zu spät erschienen ist mehrfach der Schlofferlehrling N. Gegen die erlassenen Strafbefehle hat er Berufung eingelegt. Der Angeklagte wird freigesprochen. Das Gericht ist der Meinung, der Meister hätte den Lehrling früher fortgehen lassen müssen, um die Schule rechtzeitig besuchen zu können. Der Meister F., der als Zeuge vernommen wurde, hatte vieles an der Gewerbeschule auszusetzen, insbesondere, daß der Unterricht teilweise in der Arbeitszeit fällt. — Wegen Heberschreitung der Polizeistunde wird der Gastwirt K. zu 100 Mk. verurteilt. — Billiges Brennholz wollten sich 3 Arbeiter und 2 Frauen gemeinsam beschaffen. Sie holten sich aus dem Walde einen Baum, wurden aber unterwegs vom Schuttmann angehalten. Obgleich das Gericht die Notlage der Angeklagten in Betracht zieht, so müssen sie doch wegen Diebstahls 2 Tage brummen. Der Angeklagte L. muß noch 10 Mk. für falsche Namensangabe zahlen. Das Gericht erklärte sich bereit, ein Gnabengesuch beim Senat zu beschließen. — Eine Handtasche mit Inhalt soll Frä. B. im Eisenbahnzuge auf der Strecke von Witten nach Lübeck gestohlen haben. Die Angeklagte, die deshalb in Untersuchungshaft sitzt, wird freigesprochen, da ihr der Diebstahl nicht nachgewiesen werden kann.

**Diebstehlen in einem Warenhaus.** Unrechthabkeiten im Warenhaus von Rudolf Karstadt in Lübeck beschäftigten kürzlich das Reichsgericht. Die Verkäuferin Fr. hatte zusammen mit der Verkäuferin M. Blasen, Kostüme, Mäntel usw. im Werte von 2000 Mk. aus dem Hause geschafft. Von den gestohlenen Sachen hatten einiges die Kriminalbeamten R., der Bräutigam der Fr., und K. erhalten. Beide behaupteten, von dem Strafratten Erwerb der Sachen nichts gewußt zu haben, doch hat das Landgericht Lübeck ihren Angaben keinen Glauben geschenkt, sondern sie wegen Falschheit mit mehreren Monaten Gefängnis belegt, während die beiden Verkäuferinnen wegen Diebstahls bestraft wurden. Die R., welche 3 Monate, und K., der 6 Monate erhalten hatte, legten Revision ein. Das Reichsgericht bestätigte jedoch die angefochtene Entscheidung.

**Kriegserwitwen und Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.** Der Reichsarbeitsminister hat auf eine Anfrage über die Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs auf Kriegserwitwen u. a. hervorgehoben, daß der Vermögenszuwachs bei einer Kriegserwitwen in der Regel auf Erbschaft beruhen wird. Nach § 6 des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vom 10. September 1919 unterliegt aber der Betrag des Vermögens, das im Veranlagungszeitraum durch Erbschaft erworben worden ist, der Abgabepflicht nicht. Die Kriegserwitwen, die aus dem Nachlaß ihres Mannes ein größeres Vermögen erworben hat, würde also nur dann einen Abzug an diesem Erbschaft erleiden, wenn in dem Nachlassvermögen selbst ein abgabepflichtiger Vermögenszuwachs enthalten ist. Nur wenn also das Vermögen des Ehemannes während des Krieges bzw. nach dem 31. Dezember 1918 um mehr als 5000 Mark gewachsen ist und mehr als 10 000 Mk. beträgt, würde eine Abgabepflicht gemäß § 15 des erwähnten Gesetzes in Frage kommen. Da das Erbschaftsteuergesetz vom 10. September 1919 selbst erhebliche Erleichterungen für Kriegserwitwen vorsieht und diese von der Erbschaftsteuer befreit sind (§ 33, 4, b), so fern ihr Erbschaft zusammen mit ihrem sonstigen Vermögen 100 000 Mk. nicht übersteigt, scheinen dem Reichsarbeitsministerium die besonderen Interessen der Kriegserwitwen durch das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nicht gefährdet zu sein.

**Volkskonzert.** Am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr findet das erste Volkskonzert im Gewerkschaftshaus statt, und zwar unter Mitwirkung des Orchesters vom Verein der Musikfreunde. Herr v. Hoeslin, der neue Dirigent, hat die Vorzugsfolge aus einer Serenade Mozarts, Schuberts Unvollendeter Sinfonie und der „Oberon“-Ouvertüre von Weber zusammengestellt. Solistin ist Frä. Charlotte Rosen aus Berlin, die Schülerin eines der größten Geigers unserer Zeit, von Professor Fleiß. Die Künstlerin spielt das Mendelssohnische Violinkonzert. Für alle diejenigen, denen Karten durch die Organisationen nicht angeboten wurden, sei bemerkt, daß solche auch an der Abendkasse erhältlich sind. Der Preis beträgt 1 Mark; Programm und Garderobe sind unentgeltlich. Die Besucher des Konzertes werden gebeten, sich zur rechten Zeit einzufinden.

## Angrenzende Gebiete.

**Krummesse.** Butterdiebstahl. Durch Zerrüttung eines Kellers gelangten Diebe in die hiesige Metzerei, wobei sie aus dem Butterfeller, welchen sie mittels Dietrichs geöffnet, etwa 90 Kilo Butter stahlen.

**Schönberg.** Gesundheitschädliches Trinkwasser. Seit Jahren treten in Schlaasdorf ansteckende Krankheiten wie Scharlach und Diphtherie epidemisch in den Uebergangszeiten auf und forderten unter den Schulkindern besonders zahlreiche Opfer. Man nimmt an, daß im unheimlichen Trinkwasser die Verbreiter der Epidemie zu suchen sind, die erst vor einigen Tagen wieder ein Opfer gefordert hat. Mehrere Erkrankungen liegen vor.

**Hamburg.** „Sülze“-Fabrikant Heil vor Gericht. Am 21. Oktober begann vor der Hamburger Strafkammer III der Prozeß gegen den Gerber und Rohhautproduzent Johann Jacob Heil und die Betriebsleiterin Meta Auguste König. Der Andrang des Publikums ist sehr groß. Zu dem Prozeß sind circa 120 Zeugen und 15 Sachverständige geladen worden. Ferner wohnen Vertreter der Bürgererschaft und des Arbeiterrates Groß-Hamburg der Verhandlung bei. Heil, der von Beruf Gerber ist, betreibt in der Kleinen Reichenstraße 6/8 einen Handel mit Rohhautprodukten, Lederabfällen und einer von ihm hergestellten „Sülze“. Wie noch in Erinnerung sein dürfte, drang am 23. Juni eine Volksmenge in die Heilschen Betriebsräume, in denen sie große Unsauberkeiten und Unregelmäßigkeiten in der Fabrikation feststellte. Ueber das Geschehene war da in die Räume eingedrungen Volksmenge so erregt, daß sie dazu überging, Heil zu verprügeln. Später schleppte man Heil zum Rathausmarkt und warf ihn in die Mitter. Nicht viel besser erging es der Leiterin seines Betriebes, der mitangeklagten König, die gleichfalls auf dem Rathausmarkt der Menge preisgegeben und nur mit Not der Lynchjustiz entzogen wurde. Die beiden Genannten gerieten einige Tage nach dem Vorfall in Haft und wurden dann, da nach dem Ergebnis der Voruntersuchung ein Mordverdacht nicht mehr vorliegen sollte, am 21. August wieder auf freien Fuß gesetzt.

**Utona.** Hingierter Heberfall. Der Raubüberfall auf den Bahnhofsvorsteher in Eidelstedt, von dem wir kürzlich berichteten, war, wie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergeben haben, fingiert. Der Vorsteher Ehrenrauber, der Bahnhofsmeister Krause und der Tiefbauunternehmer Müller aus Hamburg haben zusammen den Plan ausgeheckt, wobei letzterer der Hauptanführer gewesen zu sein scheint. Er hat bei dem Heberfall den Bahnhofsvorsteher gefesselt und M. das Geld in seine Wohnung geschafft. Auf einer Besichtigung des M. in Hainbeck wurden, als das Geld in seiner Hamburger Wohnung nicht mehr zu finden war, Nachforschungen angestellt und unter einer Deckname vergraben 71 800 Mk. aufgefunden. Inzwischen hat er auf ein von ihm gekauftes Haus eine Anzahlung von 13 000 Mk. geleistet. 6000 Mk. waren noch in seiner Wohnung. Alle drei sind laut „Hamb. Fr.“ verhaftet worden.

**Kiel.** Der Streik der Kleinbahnen ist beendet. Die Verhandlungen in Breslau zwischen den Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes der Deutschen Privat-Eisenbahnbeamten mit der Firma Lentz u. Co. haben über die Frage der Feuerungsanlagen und der Entschädigungshilfe

eine Verständigung ergeben, deren Einzelheiten noch nicht bekannt sind.

**Kiel.** Feuerungsanlage. Die Vöhrderer Gbr. Haase & Co. („Ehrentreu-Deutsche Holzgewerkschaft“) verweigerte sämtlichen Angehörigen eine Mitgliedschaft für 100 Mk., nach 30 Mk. Runderzahlung für Verheiratete, 150 Mk. für Witwe und 20 Mk. für Kinder und 200 Mk. für Witwe über 50 Jahre.

**Kleussburg.** Arbeitslosenorganisation im Kahlhaufe. Während der Kollektion wurden hiesigen Arbeitslosen Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister geführt, die zum Erfolg führten. Darauf versuchten Vertreter der Arbeitslosen von der Kahlhaufe zu warten. Sie wurden hinausgewiesen. Zwei Geiseln versuchten die Gefangenenen zu befreien, aber ohne Erfolg. Kurz nach Behandlung des Tagesordnungspunktes der Arbeitslosenunterstützung drangen mehrere hundert Personen, hauptsächlich jugendliche, unter großem Lärm in den Saal. Es kam zu einer Szene, bei der keiner ein Wort verstehen konnte. Ein Anführer gelang es einigen Rednern, sich Gehör zu verschaffen, und schließlich erzielte man sich dahin, daß eine Kommission mit der Stadterwaltung über die Verhandlungen verhandeln soll. Allmählich zog sich die Demonstration zurück.

**Kleussburg.** Bei den Magistratekandidaten wurden zwei Rechtssozialisten, ein Unabhängiger und fünf Bürgerliche gewählt.

**Kreis Stormarn.** Die Ueberlandleitung E.ON., die den Kreis Stormarn mit elektrischer Energie versorgt, hat die Lieferung wegen Kohlenmangels vor einiger Zeit einstellen müssen. Die Landwirte der Kreiskammer hat ihr telegraphisches Ersuchen um Belieferung der Ueberlandleitung vom Kreisratschafstammler für die Kohlenlieferung um fahrradlose Kohlen er sucht hat.

**Schwerin.** Mogelei bei den Landwirten. Die Kontrollzelle bei der Landesbehörde für Vollstreckung (siehe S. 2) daß vom 16. bis 30. September 1919 Rinder und Kühe sowie 107 Schweine verschwinden waren. 263 der letzteren und 156 der letzteren wurden an anderen Stellen zu viel vorgefunden. Es sollten zu geeigneter Zeit ebenfalls abgemeldet werden. — Das Rittergut Grieben bei Kribensteinfeld ist abgebrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Zahlreiche Rindvieh im Werte von mehreren Millionen Mark sind mitverbrannt.

**Sagenow.** Zwanzigtausend Mark in vier Monaten verdient. Ein Händler in Grieben bei Sagenow verkaufte seine erst im Juni für 9500 Mk. erworbenen 900 Landruten große Felder mit vollem Inventar für 20 000 Mk. Solche Gewinne sind nur aus den Wucherpreisen der landwirtschaftlichen Produkte zu erklären.

**Harburg.** Lebendia verbrannt in der Zentralküche von Haltermann in Wilhelmshagen ein Arbeiter. Zur gewinn die überkochenden Lade im Brand und letzter auch den Inhalt in Flammen. Während es den anderen in Raum befindlichen Arbeiter gelang, sich vor dem Feuer zu retten, geriet die Arbeiterin des Arbeitervereins in Brand. Der Mann gleich einer lebenden Feuerkugel und rettete schweres Brandwunden. Man schaffte den Unglücklichen ins Frauen-Krankenhaus, wo er bald nach der Entlassung verstarb.

**Stade.** Die Wilhelmshurger Arbeiter beschlagnahmten acht Tage lang die Strafkammer. Die Verhandlungen wurden in drei Abschnitten geführt und brachten auch viel Gutes, das manche Hauptdeliktäre nicht gefügt werden konnten. Nach der „Harburger Volkszeitung“ haben sich viele, die ein höheres Spiel wussten, recht kluglich benommen. Ihre Sache brachte andere ins Unglück. Die Urteile im zweiten und dritten Abschnitt mit Ausnahme eines Freispruches auf 1 1/2 Monat bis 3 Jahre Gefängnis, abgesehen Unteruchungshaft.

## Neueste Nachrichten.

**Der ewige Verbandstag.** Stuttgart, 22. Oktober. Der Verbandstag der Metallarbeiter wird erst heute zu Ende gehen, nach der verschiedenen Verhandlungen, die man eingeleitet hat. Die Verhandlungen wurden auf 1,20 Mk., 60, 80 und 10 Pf. erhöht. Die Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Grandes (Magdeburg), Vize: Wilmanns (Gera) und Reich (Stuttgart); Kassier: Weneer und Schäfer (Stuttgart); Sekretäre: Jernick, Schließel, Gierl, Essl; Dozentur der Metallarbeiter-Zeitung: Richard Müller und Saff (Kiel). Die Abstimmung über die Gewerkschaftenführung ergab keine Mehrheit für Erhöhung derselben. Geplant wurde ferner, die Anwaltsunterstützung mit den bestehenden Gebüh der Arbeitslosenunterstützung gleichzustellen. Das Entschlossen wurde in Klasse I festgesetzt auf 80 Mark nach 32, je nach auf 120 Mark nach 572 Beitragswochen.

**Verhaftungen in Straßburg.** III. Basel, 21. Oktober. Wie die „Hanser-Agenzie“ aus Straßburg meldet, wurden fünf Personen verhaftet, die von einer Verschwörung zugunsten der Selbständigkeit Elsass-Lothringens beschuldigt. Als Hauptführer wird der Leibarzt des Reichers genannt.

**Räumung Budapest durch die Rumänen.** III. Wien, 22. Oktober. Aus Steinmengen wird berichtet, die Rumänen haben Montag Offen geräumt. Die Besatzungen wurden durch englische und rumänische Truppen besetzt. Hoffentlich am 22. Oktober geräumt werden.

**Litauen mobilisiert.** III. Kowno, 21. Oktober. Ueber ganz Litauen wurde der Belagerungszustand verhängt und verschiedene Jahresskassen mobilisiert. Die Volksvertretung ist zum 25. Oktober einberufen worden. Man befürchtet einen politischen Einbruch. In Warschau drohende Meldungen besagen, daß die polnische Truppe Kowno bereits eingedrungen seien.

**Vor neuen Zwangsmaßnahmen des Obersten Rates.** III. Paris, 22. Oktober. Der Oberste Rat wird von allen Ausschüssen der Konferenz bis zum 23. Oktober berufen werden, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages durchzusetzen nicht erfüllt habe, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchführung zu treffen.

**Die elbische Sozialdemokratie fordert die Auflösung der Militärdiktatur.** III. Straßburg, 22. Oktober. Die Sozialdemokratische Partei fordert in einem öffentlichen Aufrufe alle Minutanten freizusetzen für die bevorstehenden Parlamentswahlen und deshalb die sofortige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

**Kohlenfunde in Bayern.** III. Berlin, 22. Oktober. Bei Hildingen in Ostpreußen sind große Braunkohlenlager entdeckt worden. Die bayerische Regierung hat bergmännische Erprobungen beauftragt, um die Abbaumöglichkeit zu prüfen.

**Für die Unabhängigkeit Ägyptens.** III. Amsterdam, 22. Oktober. Die „Rijn“ wehrt sich gegen die Unabhängigkeit Ägyptens. Sie fordert eine große Bewegung für die Unabhängigkeit Ägyptens festzusetzen. Die Politik wird die Demonstrationen auseinander, ohne daß es zu Zusammenstößen kam.

**Verantwortlicher Redakteur:** Otto Friedrich Gerliger. II. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Geschäftlich in Köln.





# Ausstellung

moderner Handarbeiten

Im 1. Stock  
unseres Hauses bringen wir  
entzückend neuartige Handarbeiten  
zur Ausstellung.

Wir bitten um Ihren Besuch.

Beachten Sie unsere Schaufenster.

An den Auslagetischen im Erdgeschoss  
Verkauf billiger Handarbeiten

Tabletdecken Batist, vorgezeichnet.....	35,-	Küchen-Handtücher vorgezeichnet.....	95,-
Tabletdecken Batist, vorgezeichnet.....	65,-	Küchen-Wandschoner vorgezeichnet	95,-
Handarbeitsbeutel verschiedene Ausführung	1,45	Bettwandschoner vorgezeichnet	95,-
Nachthemd-Garnituren Hemdentuch, Lochstickerei	1,75	Nähkästen mit Füllung	95 und 75,-

Eine außerordentlich günstige Kaufgelegenheit für das nahe Weihnachtsfest.

In unserm Erfrischungsraum: Täglich nachmittags von 3—5½ Uhr Konzert der Kapelle Hornickel.  
Am Büfett: Kuchen u. Torten in gr. Auswahl | Reiner Bohnenkaffee mit Milch od. Zucker 40,- | Echter Tee mit Zucker 40,- | Schokolade in Milch gekocht 75,-

# Holstenhaus

G. m. b. H.

Lübeck

## Einwohnerwehr.

Die Entschädigungen für entgangenen Arbeitsverdienst anlässlich der letzten Alarmierung der Einwohnerwehr müssen bis zum 25. Oktober im Geschäftszimmer der Einwohnerwehr, Braundr. 2, angefordert werden.  
Die Oberleitung.

## Lebende Karpfen

empfehlen  
P. Tretow, Schlumacherstr. 27. 5966  
Telephon 3661.

Zu verkaufen ein Gram-  
mophon n. Platt. (Rathe-  
Saphir) n. vert. 1 Paar  
Mil.-Stiefel Gr. 29 n. 4 Hbr.  
8982) Chajotir. 12. I.

Große Partie  
Kerfel billig  
zu verkaufen.  
Johs. Klüwer  
8980) Schwartauer Allee 133.

## Zur Einmachezeit

verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:

Echter

Echter

# Suroi Essig Ceka

der beste

der gesüßte

besonders preiswert und vorzüglich zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.

In Originalflaschen überall erhältlich. — Man achte auf die Namen Suroi und Ceka und weise Nachahmungen zurück. (8960)  
Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.  
Königstraße 100. Lübeck Telephon 369.

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Wir hatten Gelegenheit, einen Posten

# Kleider- u. Kostümfstoffe

in verschiedenen Preislagen und Farben, die sich für bevorstehende Konfirmationen

sehr gut eignen, einzukaufen und empfehlen unsern wertigen Mitgliedern, schon jetzt ihren Bedarf darin zu bedenken, da diese Artikel sehr knapp sind, und wir später vielleicht nicht in der Lage sein könnten, unsere Mitglieder damit zu beliefern.

## Die Warenabgabestelle VIII Manufakturwaren und Haushaltsartikel

ist geöffnet von 8—1 Uhr und von 3—6 Uhr abends.  
Der Vorstand.

## Glasweiben

aller Art offeriert  
O. Tauchnitz,  
Glashandl., (8955)  
Fleischhauerstr. 33, T. 2808.

## Pelz-Haus Fr. Zimmermann Beckergrube 50, I

bietet an als besonders vorteilhaft  
große Posten  
Alaskafuchs  
Blaufuchs  
Zobelfuchs  
v. 200 Mk. an.

Skunks Canin  
Blaufuchs Canin  
Zobel Canin  
Eleg. Kragen  
und Muffen  
modernste Formen  
Mk. 45, 60, 75,  
90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte  
Mk. 45, 90, 150.

Pelzfelle, Kinder-  
garnituren  
in allen Preislagen.

Umarbeitungen  
jetzt noch schnell  
und billig.

## Der Neue - Welt - Kalender

für 1920

zu beziehen durch

## Friedr. Meyer & Co., Buchhandlung.

Johannisstraße 46.  
Interessenten werden ersucht, denselben baldigst zu beziehen, da nur eine kleine Anzahl Exemplare vorhanden ist.

## Fremdwörterbuch

Von A. Boneck.  
Mk. 1.60.

Buchhandlung

Fr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

Nehme Pelze und Muffen zum Füttern und Umarbeiten an.  
Bauhl, Fischergrube 28.



## Irigator

aus Zinkblech, Glas und Emaille  
in größter Auswahl.

Frauen- u. Clysterspritzen  
aus rotem la. Gummi

## sowie sämtliche Gummi-Artikel. J. A. C. Dettmann,

Lieferant für sämtliche Krankenkassen.  
Königstraße 34—36. Abtg. Krankenpflege.



## Die Sozialdemokraten können nicht regieren.

In allen rechts gerichteten Blättern kann man es jeden Tag lesen, und an allen deutschnationalen Stammtischen allabendlich hören, daß die Sozialdemokraten, diese Proleten, eben nicht regieren können. Woher soll's denn auch kommen? Jedes Ding will gelernt sein, und zum Regieren gehört nun einmal die Erbweisheit derer von Gottesgnaden und die Säurehöden der Bureaukraten, nicht wahr?

Wenn es wirklich wahr wäre, daß die Sozialdemokraten in der Verwaltung Fehler machen, so trübe uns deswegen noch kein Vorwurf. Das wäre lediglich die Schuld des alten Regimes, welches die stärkste deutsche Partei von jeder Verwaltungspraxis ausschloß und um keinen Preis duldete, daß ein Sozialdemokrat Untertassens- oder Nachwächter wurde. Das noch vor ein paar Jahren Gemeindevorsteher disziplinierte, wenn sie eine Wohnung an Sozialdemokraten vermieteten und ein besonderes Annahmegericht schuf, wenn ein Lehrer der Physik an der Universität außerhalb des Amtes Sozialdemokrat war, lediglich um ihn aus dem Lehramt zu entfernen. Aber zu allem Ueberflus ist es gar nicht einmal wahr, daß die Sozialdemokratie in der Verwaltung vermag. Wenn man die verhältnismäßige Ordnung, die jetzt in Deutschland herrscht, mit dem vollständigen Wirrwarr vergleicht, der vor 6 und 8 Monaten herrschte, dann wird man den großen Fortschritt und die große Leistung unmöglich leugnen können. Freilich arbeitet die gegenwärtige demokratische Verwaltung, die nach dem Zusammenbruch eingeleitet wurde, unter politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Schwierigkeiten, von denen sich die Beamten der guten alten Zeit nichts haben träumen lassen.

Wir hoffen nicht, daß diese Darlegungen die deutschnationalen Spießer veranlassen werden, die Behauptung aufzugeben, daß die Sozialdemokraten nicht regieren können. Brauchen sie doch diese Hege für's politische Geschäft. Sie werden sich deshalb auch nicht durch die fürchterlichen Reinfälle bekehren lassen, den soeben die „Tägliche Rundschau“ mit einer Geschichte über sozialdemokratische Regierungskunst erlebt. Ihr teilt nämlich der bekannte Sprachreiner Professor Dr. Eduard Engel mit, daß er vor 6 Wochen beim Reichswirtschaftsministerium angefragt habe, ob Liebesgabenpatente aus dem Auslande hereingelassen würden. Nach dreimaligem Hin- und Herfahren habe er, gezeichnet „i. Auftrage: Reim“, eine gänzlich unverständliche Antwort des Ministers bekommen: „Die Regierungskunst im Wirtschaftsministerium hat mich um den Kaktus des lieblichen holländischen Freundes, die deutsche Zollbehörde um den Zoll gebracht, dafür allerdings die Aktien um drei überflüssige Fragen und wertlose Antworten bereichert.“ Schließt die Professorenklage. Also sind die Sozialdemokraten unfähig.

Wir sehen ganz davon ab, daß eine Verordnung darüber besteht, welche Liebesgaben eingeführt werden können und welche nicht, welche zollfrei sind und für welche Zoll bezahlt werden muß. Professor Engel hätte lieber, statt das Ministerium mit Fragen zu belästigen, seine Nase in die Verordnung stecken sollen. Aber noch schlimmer: Wer ist dieser regierungsunfähige Reim? Reim anderer als jener Major Reim, ein Verwandter des berühmten Flottengenerals, der während des Krieges Verbindungsoffizier zwischen D. S. L. und Kriegsernährungsamt war und jetzt, da er tüchtig ist, einen Verwaltungsposten im Reichswirtschaftsministerium inne hat. Daß ausgerechnet dieser Mann des ältesten Regimes die Unfähigkeit der Sozialdemokraten zum Regieren beweisen soll, — das ist ein Reinfall ersten Ranges. Nicht wahr, Herr Professor?

## England und Deutschland auf einander angewiesen.

Morel gegen einen wirtschaftlichen Boykott Deutschlands.

Das Oktoberheft der „Weltwirtschaft“ bringt einen bemerkenswerten Aufsatz des Sekretärs der „Union of Democratic Control“, Morel (London) zum Ausdruck, der — im Jahre 1918 geschrieben — einer gegenseitigen Verständigung nach dem Krieg das

Wort rebet. Die Verfechter eines wirtschaftlichen Selbstzuges nach Beendigung des Weltkrieges bezeichnet der hervorragende englische Volkswirt als die gefährlichsten Feinde seines eigenen Landes. Sowohl im Interesse der Arbeiterklassen, wie der überwiegenden Mehrheit der ganzen Bevölkerung hält er die Fortsetzung des freien Handelsverkehrs zwischen England und Deutschland für notwendig. Morel führt u. a. aus: „In unserer ganzen Einheitsliste nahm Deutschland 1912 den zweiten Rang ein, mit fast 60 Millionen Pfund Sterling, d. h. wir bezogen von Deutschland für um 25 bis 27 Millionen Pfund Sterling mehr als von Frankreich, Rußland oder Indien. In demselben Jahre verkauften wir nach Deutschland für über 40 Millionen Pfund Sterling, was um 10 bis 27 Millionen mehr war als Frankreich, Rußland oder die Vereinigten Staaten uns abnahmen. Deutschland deckte 10,4 Prozent unserer gesamten Einfuhr und bezog mit 8,2 Prozent unserer Ausfuhr eine größere Warenmenge von uns, als irgendein anderes Land, Indien ausgenommen. Ist es denkbar, daß ein Versuch zur „Verneinung“ einer derartigen Handelsverbindung ohne sehr schwere Schädigungen unserer heimischen Bevölkerung ablaufen könnte?“ Er kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß es ein unerklärliches Irrewahn wäre, wenn man den Krieg im Interesse der Befreiung des deutschen Handelsverkehrs fortsetzen wollte. „Die Verneinung des deutschen Weltverkehrs ist eine Unmöglichkeit, es sei denn, man bräute das ganze deutsche Volk ums Leben! Die deutsche Konkurrenz ist jedoch weit entfernt, uns zu schaden. Je größer die Kaufkraft der Deutschen, desto unsicherere Geschäfte können wir mit ihnen machen. Die Volksmassen beider Länder sind gegenseitig am Wohl und Wehe des Nachbarn interessiert.“

## 14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

Kr. Stuttgart, 17. Oktober.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Beratungen über den

Bericht des Vorstandes

werden fortgesetzt. Der zweite Korreferent, Fritz Kummer (Leipzig), von der Fraktion der Minderheit, sagte unter teilweise Zustimmung des Verbandstages, für das Proletariat könne wenig herauskommen, wenn man die alten Unterlassungssünden und Fehler ständig wieder bejpreche. Heute die ganzen Dinge nochmals aufzuführen, halte ich für nutzlos. Es kann höchstens das erörtert werden, was seit dem Kölner Verbandstag vorgegangen ist. Die Mitglieder im Vorstand haben für den Verband das Beste gewollt, das muß anerkannt werden, wenn man auch nicht mit allem, was sie getan haben, einverstanden ist. Mit dem Eintritt Schüldes in das Ministerium bin ich nicht einverstanden; es ist nicht angängig, daß der Kopf des Verbandes in eine solche Zwitwilerstellung kommt. Es wäre besser gewesen, wenn Schüde sich vorher mit den Verbandsinstanzen auseinandergesetzt hätte. Wir sollten uns also nicht so sehr mit der Vergangenheit als mit der Zukunft befassen. Die Masse braucht neue Wege und neue Gedanken, und die müssen wir uns selbst juchen. Bei diesem Suchen geht es bei uns besonders drunter und drüber. Mit den Fragen, die uns beschäftigen, befaßt sich die ganze Welt. Die Arbeiter in den übrigen Staaten sagen sich aber, bei diesem Suchen darf die Einheit der Arbeiterklasse nicht in die Brüche gehen. Alle, die vom Ausland das erwarten, was man hier revolutionäre Betätigung nennt, Rußke usw., werden noch manche Enttäuschung erleben. Die demokratischen Länder haben bessere, sichere, wirksamere Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Die politischen Forderungen wollen die Arbeiter in demokratischen Ländern nur auf demokratischer Weise durchsetzen. Solche Novemberstürme, die wir aus dem Auslande erwarten, waren nur in Rußland, in Oesterreich und in Deutschland möglich und kommen vielleicht noch in Italien. Die Revolutionsromantik hat in den anderen Ländern keinen Anhang. Dismann ist ja der Ansicht, wir müßten noch eine, zwei, drei oder gar vier Revolutionen haben. Das kann aber nur eine höhergehende revolutionäre Welle sein.

Jetzt gilt es aufzubauen. Der soziale Aufbau kann jahrzehntelang dauern. Jedes Mittel, das die Kampfkraft der revolutionären Masse lähmt, die Einheit lähmt, den Hunzer vermehrt, die Not steigert, ist reaktionär. Die Diktatur des Proletariats, die Dismann will, kann niemals ein Mittel sein, die soziale Revolution durchzuführen. (Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit.) Reist eure eigenen Schriftsteller, lest Kant'sch, Ströbel! Man rebet immer von der Diktatur des Proletariats. Die ganze Diktatur,

die wir gesehen haben, war die Diktatur einer kleinen Clique von Oligarchen. (Sehr gut! bei der Minderheit.) Sie sollten die Stammeinsticht von München und von Budapest lesen! Von Rußland wird das Kiammenzeichen noch viel entscheidender sein, wenn wir erst dort klar sehen. Die Diktatur ist kein revolutionäres, sondern ein reaktionäres Mittel. Die schwersten Aufgaben stehen der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse zu: Kampf gegen den Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus. Die Durchführung dieser Aufgabe wird freilich ein langwieriger Prozeß sein, den wir mit aller Macht und mit aller Klugheit fördern müssen. Die Meinung Dismanns von einer sofortigen Sozialisierung kann ich nicht teilen. Die Sozialisierung wird ein langwieriger Prozeß sein. Ich habe keine Furcht, daß die Sozialisierung nicht kommt, sie wird kommen und muß kommen; sie wird in dem Maße vorwärts schreiten, wie die Arbeiterklasse es will. Wenn die Regierung auf diesem Gebiete noch wenig getan hat, so liegt dies in der Unmöglichkeit der Arbeiterklasse. Diese ist schuld daran, daß wir keine rein sozialistische Regierung haben. Der technischen Sozialisierung muß die Sozialisierung der Köpfe, der Herzen vorangehen. Die Arbeiter müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie die Sozialisierung nicht schon am nächsten Jahrtag verspüren. (Sehr richtig!) Wir brauchen noch bedeutend mehr Opfermut und Gemeinheitsgefühl. Demokratischer Willkür ist vor allem, den Massen die Wahrheit sagen. Das wird der neue Vorstand des Verbandes noch sehr oft tun müssen.

Kedner übt in seinen weiteren Ausführungen Kritik an der „Metallarbeiterzeitung“, die zu lebern sei. Er verlangt Ausbau des Verbandsorgans und Konserenzen der Betriebsräte. Wir müssen danach trachten, daß die Sprengungsversuche im Verband unterbleiben. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob Kollegen, die einer landwirtschaftlichen Organisation angehören, noch länger im Verbande verbleiben können. Meine Freunde sind jetzt entlassen, mit dem neuen Vorstand zu arbeiten und alles zu tun, um den Verband zu stärken. Wir erwarten aber auch, daß unsere Mitarbeit, unter guter Wille nicht durch irgend welche Maßnahmen, durch Verunsicherung unserer Gesinnung erschwert wird; wir erwarten, daß mit dem Grundlag „Denke wie ich oder zitiere und nicht“ gebrochen, daß mit Wahregelungen aufgehört wird. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.) Wir erwarten ferner, daß wir bei allen Leitungen eine Vertretung im Verhältnis unserer Stärke bekommen. Wir wünschen, daß die Verhältniswahl auch bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag durchgeführt wird. Wenn Sie unsere Wünsche erfüllen, dann wird unsere Mitarbeit möglich sein. Unser Ziel ist, die Einheit des Verbandes hochzuhalten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Es folgte nun eine teilweise sehr lebhafter Auseinandersetzung, an der immer ein Redner der Opposition und einer der Minderheit abwechselten. Der erste Redner

Schäfer (Leipzig) besprach das Vorgehen der Mitarbeiter des Verbandes gegen die Opposition. Zu der Frage der Wahl des Vorstandes sagte er zur Minderheit: Die Einheit der Organisation muß auch höher stehen, als die Frage, ob dieser oder jener Kollege in den Vorstand gewählt wird. Wenn man uns Kollegen präsentiert, die stark kompromittiert sind, können wir diese nicht wählen.

Es sprach nun Frölich (Mittenburg), Tost (Berlin), der die Ausführungen Schäfers als dessen persönliche Ansicht bezeichnete; Thomas (Münch), der feststellte, daß Dismann eine seiner politischen Reden gehalten hat, die er draußen tagtäglich hält; die Delegierte Wenzel (Düsseldorf), die bedauerte, daß bei 200 000 wirklichen Mitgliedern nur drei Frauen delegiert sind. Dann erhielt das Wort der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Legien (Berlin), der darauf verwies, daß die Differenzen, die sich hier wiederpiegeln, in der Gewerkschaftsbewegung seit langem bestehen. Sie rühnen daher, weil man die Gewerkschaftsorgane zu einem politischen Faktor machen will. Die Gewerkschaften wollen aber kein politischer Faktor sein. Sie haben den Zweck, die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre politische Ansicht im wirtschaftlichen Kampfe zu einigen. (Zuruf: Zu welchem Ziel?) Zu dem Ziel des Sozialismus! Wenn wir den Sozialismus durchzuführen wollen, dürfen wir nicht eine getrennte Arbeiterschaft haben, sondern eine einheitliche. Rußke kann man machen, wo die Arbeiterschaft auf einem tiefen Niveau steht: für den Aufbau brauchen wir eine an Körper und Geist gesunde, starke Arbeiterschaft.

Die sogenannte Kriegspolitik der Generalkommission ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik, die die Gewerkschaften bisher in Deutschland geübt haben. (Sehr richtig!) Wir wollen den Weltkrieg verhindern, die Kraft des internationalen Proletariats war aber nicht so stark, um dies zu ermöglichen. Die Verhandlungskonferenz vom 2. August hatte nicht den Zweck, wie die Opposition sagt, sich der Regierung willfährig zu zeigen, sondern die gewerkschaftliche Organisation zu schützen. Sie vergessen alles,

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)  
„Na, Kind, jetzt weißt du wenigstens, was ich bin. Ein Verdrücker!“ sagte Horstmann grimmig.  
Über sie lachte hell auf.  
„Du wirst dich doch über diese Gaselei nicht ärgern! Finst ein solches Blatt rührt man überhaupt nicht an.“  
Damit warf sie es verächtlich auf den Tisch. Als sie am Nachmittag an einem Kiosk vorbeikam, kaufte sie sich die Nummer der Zeitung und verbergte sie in ihrer Schreibmappe. Warum sie das tat, wußte sie selbst nicht, es schien ihr nur merkwürdig und interessant, daß dergleichen über ihren Mann in der Zeitung stand.  
Außer diesem Erlebnis verlor die Hochzeitsreise ungetrübt, und Anna hatte sich in diesen vier Wochen wunderbar anpaßert.  
In Düsseldorf konnte Horstmann sich nur wenige Tage seiner Frau widmen. Anfang Mai mußte er nach Lüringen reisen, weil dort der Bau in Angriff genommen wurde. In der Folgezeit war er meist nur abends zu Haus, oft genug blieb er mehrere Tage aus, in Lüringen übernachtend, und Anna war viel allein. Aber sie grämte sich nicht sonderlich darüber, im Gegenteil fand sie, auch dies sei eine der vielen guten Seiten ihres Mannes, daß er sie nicht stets mit seiner Gegenwart behelligte. Auf die Dauer wäre das doch langweilig geworden. Sie hatte Unterhaltung genug. Das junge Paar bewohnte in der Sternstraße einweilen eine hübsche Mietwohnung, und für Anna gab es eine Menge einkaufender, zu vertauschen und neu zu arrangieren, da alles von ihrem persönlichen Geschmack geprägt sein sollte. Im zweiten Stock wohnte ihre Mutter, mit der sie viel zusammen war. Mit der Zeit machte sie auch Besuche, und es fanden sich Leute bei ihr ein. So verging ihr die Zeit schnell, und sie fühlte sich außerordentlich glücklich. Düsseldorf kam ihr viel hübscher, eleganter und freundlicher als früher vor. Es war, als wenn sich die Stadt verjüngt und einen ganz neuen Glanz bekommen hätte. Aber vielleicht lag es daran, daß Anna sich selbst verändert hatte. Sie ging jetzt nicht mehr als Tochter der verwitweten Frau Regierungsrat über die Straße mit selbstgewaschenen Handtüchern in einem Jackett vom vorigen Jahre und mit Stiefeln, deren Sohlen etwas schlief gelauten waren, sondern als die reiche Frau Horstmann, die sich drei Dienstmädchen hielt und aus Nizza eine Kollektion Frühlingsoiletten mitgebracht hatte, die selbst die verwöhnten Malerinnen entzückten.  
Sie fühlte sich glücklicher als je, und oft dachte sie mit leisem Lächeln so wie man über vergangene Tochterzeiten lächelt, an die

Sorgen und Kämpfe, mit denen sie sich noch während der Verlobungszeit abgequält hatte. Für eine Frau der Gesellschaft, die Geld, Geist, Schönheit und Ehrgeiz besaß, war das Leben so reich, daß das höchste Liebes nur eine verwindende Rolle spielte. Sie wenigstens entbehrte die Liebe nicht. Sie war mit ihrem elken Varen ganz zufrieden, namentlich, wenn er sich auf Reisen beband. Und wenn sie in diesen strahlenden Sommertagen auf ihrem Spaziergang einem jungen Mädchen begegnete, das sich vertieft aneinander schmeigte, dann dachte sie: Was für geschmacklos Menschen! Und wenn sie eine Frau traf, mit bloßem Gesicht, die einen langhalsigen und schwerfälligen Gang hatte, während sie sich schätzend die Hände über die Taille zusammenlegte, dann zuckte sie ein Gebet zum Himmel: Nur kein Kind! Das hieße ein halbes Jahr lang das Haus hüten und eine verordnete Taille obendrein.  
Da sie in den beschränkten Räumen des Mietshauses keine größeren Gesellschaften geben konnte, behaß sie sich mit kleinen, aber desto ausserordentlichen. Sie hatte schnell einen Kreis um sich versammelt, ihre Freundinnen von früher, die jetzt ebenfalls verheiratet waren, dazu junge Künstler, Offiziere und Herren von der Regierung.

Annas erster Besuch hatte der Bierkönigin gefallen. Frau Oswald empfing das Ehepaar anfangs sehr von oben herab und mußte den Ingenieur mit imperinenten Blicken. Aber Anna, die über ihren Mann keinen Spaß verstand, brachte sofort das Gespräch auf die beiden Leute, auf Marienbader Kuren, Schlaganfälle und so weiter, indem sie dabei mit dem Bierbrauer Liebengucke, der vor Zeit fortwährend lächelte. Daraufhin wurde Frau Oswald halb geschmeichelt. Im Laufe der Unterhaltung sprach Anna auch von dem neuen Haus, dessen Bau schon in Angriff genommen worden war.

„Ein Köchlein wird das Ihre ja unter der Nachbarschaft leiden. Aber ich hoffe, es wird sich so himmer recht niedlich machen.“ Die Bierkönigin hatte nach diesem Besuch für den Rest des Tages Migräne. Sie schwankte, ob sie Frau Horstmanns Besuch ignorieren und offenen Ariea führen, oder ob sie ihre beste Freundin werden sollte. Sie entschloß sich zu letzterem. Und bald begann zwischen den beiden Damen ein reger Verkehr.

Es dauerte nicht lange, so hatte Anna Courmacher gefunden. Unter ihnen beband sich natürlich auch Bert. Aber lange Zeit schien es ihm, als hätte er kein altes Prestige verloren, als hätte sie mit ihrem Mädchennamen auch ihre Mädchenfreundschaft zu ihm preisgegeben. In der ersten Zeit war sie auffallend kühl gegen ihn, behandelte ihn von oben herab, schnitt jedes erste Wort mit einem geringschätzigen Lächeln ab. Wenn er mit ihr allein war und aufing, sie in seiner harmlos frechen Weise zu duzen, unterbrach sie ihn: „Dah! Das paßt mir nicht!“ Er fing an, sich zu ärgern, grämte sich sogar, wenn er nachmittags in seinem

Atelier rauchend auf dem Pörrerisch lag. Manchmal kam ihm der Gedanke: Wenn er's nur doch rebet hätte, daß mit ihr zusammen durchs Leben zu schlagen. Schließlich traute er sich ebensoviel Talent zu wie seinen guten Freunden, die mit ihrem Pinself sich eine ganz hübsche Karriere verdienten. Dazu kam seine gesellschaftliche Beziehungen. Sein Name — Sohn des berühmten Malers. Von dem hätte sich schon mancher Industrielle aus dem Wuppertal gerne in Det gehen lassen. Und die Hauptfrage: seine Frau! Einen besseren Manager hätte er sich nicht wünschen können. Sie hätte unermüdlich Klame für ihn gemacht. Und schließlich, selbst wenn's mit dem Gelde manchmal inap gegangen wäre, hätten sie ein ganz kultiges Leben geführt, weder Schulden gemacht, und wären ein vermögtes, verliebtes Künstlerpaar geworden.

Aber so... Schulden machte er auch jetzt, nur brauchte er nicht zu arbeiten, konnte statt dessen seinem Vergnügen nachgehen. Aber manchmal hatte er diesen ganz phillistinen Wunsch, ein unabhängiger Kerl zu werden und etwas zu leisten.

Langsam hielten diese Gedanken freilich nicht vor, sein moralisches Feuer erlosch so schnell, wie das Feuer seiner Zigarette, und verdrängte, wie den überreichenden Stummel, was er die abgeschmackten Grandiosen besetzte. Arbeiten, was leisten, sich abhändigen, knapp leben, ein unabhängiger Familienvater werden — mochte danach streben, wenn's Spaß machte. Er war nicht dumm genug dazu.

Um Anna weichen zu lassen, daß ihr Benehmen ihn ärgerte, mied er sie eine Zeit lang gänzlich und beluchte dafür desto öfter Frau Oswald. Dies a richte. Frau Horstmann schiedte ihm ein Billett und lud ihn ein. Als er kam, war sie sehr lebenswürdig zu ihm. Nach kürzerer Zeit wurden die geloderten Beziehungen wieder hergestellt. Er wurde ihr bevorzugter Freund. Selbst auf den Duzton ging sie ein. Alles schien wie früher, wie zu der Zeit, als sie noch junges Mädchen gewesen. Und doch wurde er das Gefühl nicht los, daß ihr Verhältnis gänzlich anders geworden war. Daß Horstmann zwischen ihnen stand, wollte er nicht glauben, es schien ihm eher der Anstand, daß sie jetzt eine reiche Frau war, im Besitz allen Luxus, und daß sie ihn empfing als den guten Freund von früher, der eben ein armer Teufel geblieben war. Aber eines Tages zeigte es sich, daß sie mehr an ihrem Manne hing — oder wenigstens so tat — als er geglaubt hatte. Er war ein wenig zu dreist geworden und hatte über Horstmann ironische Bemerkungen gewagt. Anna machte plötzlich zornige Augen:

„Was fällt dir ein? Du vergißt wohl, daß Gustav mein Mann ist?“  
„Na ja...“ meinte er lächelnd. „Das weiß ich leider nur zu gut. Ich habe dir doch selbst dazu verholten.“

Fortsetzung folgt.



was die Gewerkschaften während des Krieges für die Arbeiter getan haben, besonders für die Familien der Kriegsteilnehmer. Wenn wir den Grundriss von Dismann gefolgt wären, glauben Sie, daß dann die russische Dampfwalze an der Oder halt gemacht hätte? Dann wäre der Friede in Berlin diktiert worden. Nachdem wir den Krieg nicht mehr verhindern konnten, mußten wir zu unserem Lande kehren, genau so wie die Sozialisten aller Länder. Wenn wir es nicht getan, hätten wir keine russische und keine deutsche Revolution. Wenn die Opposition die Leitung im Verband übernimmt, wird sie, wenn sie nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handeln will, das selbe tun, wie wir. Oder Sie müssen sagen, die gewerkschaftliche Organisation muß ein politischer Mandatorkörper sein. Das werden Sie nicht wollen und werden Sie nicht dürfen; daran werden Sie Ihre eigenen Kollegen hindern. Ich möchte Sie dringend davor warnen, die Organisation in das politische Fahrwasser zu bringen. Die Arbeitsgemeinschaften bedeuten nichts anderes als die Fortsetzung der bisherigen gewerkschaftlichen Taktik. Heute ist es leicht zu freieren, die Kasse ist ja da. Wie lange haben wir vor zwanzig Jahren hungern müssen, ehe wir durch den Streik unsere Forderungen durchsetzten. Die Tarifpolitik hat uns groß gemacht, und die Arbeitsgemeinschaft ist nichts anderes als deren Fortsetzung. Alles, was die Gewerkschaftsleitungen während des Krieges getan haben, haben sie nicht im Interesse der Regierung, sondern im Interesse der Arbeiter getan. (Starker Beifall bei der Minderheit.)

Dismann brachte eine längere Resolution ein, die ausspricht, daß die Generalversammlung die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen des Verbandes während der Jahre des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde, verwirft. Sie sagt weiter: „Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein. Davon ausgehend, sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Kampfes und des Rätekommunismus einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der stetigen Weltrevolution des Proletariats. Innerhalb des Metallarbeiterverbandes ist den Mitgliedern in weitestgehendem Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten. Ueber rein örtliche Angelegenheiten entscheidet die Mitgliedschaft am Ort, desgleichen über die Verwendung der Sozialgelder sowie der Hebung und Verwendung örtlicher Ertragsbeiträge. Die Angelegenheiten der Organisation haben sich gleich den Ortsverwaltungen einer jährlichen Konferenz zu unterziehen. Das gleiche gilt für die Angelegenheiten in den einzelnen Bezirken durch die zuständigen Bezirksorganisationsräte. Bezirkskonferenzen. Die Ortsverwaltungen bedürfen keiner Behätigung durch den Vorstand.“

In der weiteren Debatte erklärt Haas-Köln, die Entschließung Dismanns sehe ihm zu diktatorisch aus. Das Statut solle durch diese Entschließung ausgeschaltet werden. Dismann gehe diesen Weg, weil zur Statutenänderung Zweidrittelmehrheit nötig sei. Diese bekomme er nicht und darum wolle er durch die Resolution diesen Weg umgehen. — Bemerkenswert ist ferner, daß Müller (Bremen, Kommunist) erklärte, Dismann habe am meisten Beifall gefunden, als er am Bürgerlichsteinsplatz gesprochen habe. Die Spaltung der Partei sei eine gefährliche Angelegenheit, wie auch der Krieg.

Nachdem 15 Delegierte zu Worte gekommen waren, machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende. Es folgte längere Schlussparole des Referenten. Es findet eine Abendübung statt.

Die Schlussparole des Referenten und der zwei Korreferenten zum allgemeinen Teil des Verhandlungsberichts waren sehr ausgedehnt und nahmen viel Zeit in Anspruch. Neues wurde nicht vorgebracht. Kummert erklärte für die Minderheit, daß für diese die Entschließung Dismanns unannehmbar sei. Auf dem Wege von Resolutionen könne man das Statut nicht über den Haufen werfen.

Dismann verlangt eine klare Entschließung vom Verhandlungsstich.

Reichel gab in seinem Schlusswort Kenntnis von dem Wahlscheitern Schüdes und sprach warme Dankesworte für Schüdes Tätigkeit. Er sagte: Schüde stand an der Wiege des Verbandes und war sein geistiger Führer. Die Gerechtigkeit gebietet ihm bei seinem Scheiden den unangefochtenen Dank des Verbandes zum Ausdruck zu bringen. Bei aller Meinungsverschiedenheit sind wir wohl einig in der Überzeugung, daß Schüde stets mit dem Beste für die Kollegenchaft getan hat. Wir hoffen, daß die Bande, die uns bisher mit ihm verbunden, auch künftig erhalten bleiben. (Bravo!)

Diesen Ausführungen schloßen sich Dankesworte des Vortragenden Braunes, ferner für die beiden Fraktionen von Dismann und Haas an.

Die Abstimmung über die Resolution Dismann wird zurückgeschickt. Dem Referenten wird einstimmig Entlastung erteilt.

Ein Antrag Dismann, eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Wahlreglements einzusetzen, rief eine scharfe Auseinandersetzung hervor. Die Minderheit verwies auf das Statut, nachdem der Vorstand die Aufgabe hat, das Wahlreglement auszuarbeiten. Der Antrag Dismann bedeute eine Statutenänderung, was eine Zweidrittelmehrheit notwendig sei. Die Opposition gab dies schließlich nach langem Sträuben zu. Bei der Abstimmung stimmten 120 für und 120 Delegierte gegen den Antrag. Da die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist, gilt der Antrag als abgelehnt.

Die Verhandlungen wurden hierauf vertagt.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Zitiedensfeinde.

Die radikale Mehrheit des Metallarbeiterverbandes hat beschlossen, von der Regierung die sofortige Wiederannahme der Beziehungen zu Sowjetrußland zu fordern. Wahrscheinlich ist das die neueste Gewerkschaftsangelegenheit.

„In den neuen „geistigen“ Führern des Metallarbeiterverbandes besteht, daß dies ein Bruch des Friedensvertrages wäre? Wünschen Sie eine Wiederannahme des Krieges? Oder haben Sie bloß wieder einmal eine alte liebe Resolution aus der Schublade geholt und sich weiter nichts dabei gedacht?“

„Unabhängige“.

Wir seien im „Zin“: Die sozialdemokratische Partei in Köln habe zum 2. Oktober eine öffentliche Volksversammlung einberufen, die sie gegen die im Rheinlande ins Werk gesetzten Lohnsenkungsbestrebungen aussprechen sollte. Man weiß nun, daß die erwartungsvollen Delegierten diese Lohnsenkungsbestrebungen mehr oder minder verneint fördern. Die englische Delegationsbehörde von Köln magie zwar nicht, die Versammlung der Kölner Sozialdemokraten zu unterbinden, sie glaubte aber das nötige tun zu können, damit die unbedeutende Versammlung so wenig important wie möglich sei. Anheimsand glaubt sie nun an die Erzählung der „unabhängigen“ Presse von der unheimlich heftigen Auseinandersetzung dieser Partei. Alle Sozialisten in Köln sind „unabhängig“, sagte der britische Politiker, der den Kommandanten von Köln berief, halten wir die „unabhängigen“ von der Versammlung fern, so bleibt die Versammlung leer. Was tun die Briten also? Sie beschließen die beiden „unabhängigen“ Führer auf die Kommandantur und legten ihnen nahe, ihre Par-

teigemoßen von dem Besuche der sozialdemokratischen Versammlung zurückzuhalten.

Wie nahmen die beiden „Unabhängigen“ diese Zumutung auf? Verhärten sie sich die Einmischung der Briten in eine innerdeutsche Sache? Protestierten sie gegen den Angriff auf ihre Parteiehre, der in der britischen Zumutung lag? Sagten sie, sie seien „unabhängige“ und wollten auch im Besetzungsgebiet „unabhängig“ bleiben? Stürzten sie sich von Verächtungen? Nein. Sie setzten sich wie Schulkinder auf ihre vier Buchstaben und ließen sich von den Briten folgenden Schriftstück diktieren:

Unterzeichnete Beauftragte der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Mitglieder davor zu warnen, die Versammlung der Mehrheitssozialisten am 2. Oktober zu besuchen.

Fries,  
Runowski.

Wir wissen nicht, ob der englische Kommandant von Köln Hunde besitzt. Wenn er welche hat, so würde es uns nicht wundern, wenn er sie von jetzt ab „Fries“ und „Runowski“ nennen würde.

### Der Umsturz der Stimmung.

Am Sonntag sprach in Magdeburg Genosse Otto Landberg in einer Versammlung, die so riesigen Besuch aufzuweisen hatte, wie man ihn selbst in Wahzeiten in Magdeburg noch nicht erlebt hat. Es mußten sofort zwei Parallelversammlungen in einem Garten und in einem anderen großen Lokal veranstaltet werden. Kommunisten und „Unabhängige“ suchten anfangs zu führen, wurden aber bei Landbergs Erwiderungen sehr kleinlaut und verstümmten schließlich vollständig. Die Stimmung für die Partei war glänzend, der neue Schwung ebenso fortwährend, wie die Stimmung bei den „Unabhängigen“ und Kommunisten liegebrüht.

Auch aus verschiedenen Teilen der Mark, insbesondere aus der West-Prignitz, wird gemeldet, daß die Stimmung vollständig umgeschlagen ist. Die „unabhängigen“ und kommunistische Demagogie ist vollständig überwunden, und die Stellung der Partei gegenüber den Gegenschwärmern nun links und rechts, stärker als je zuvor.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt fortwährend die wirtschaftliche Ordnung wieder herstellt, wie sie politisch die Demokratie zum Siege geführt hat, dann kann sie bei den nächsten Wahlen auf ein großes Vertrauensvotum des Volkes hoffen.

### Die deutschen Delegierten zur internationalen Konferenz.

Die Regierung hat in Uebereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes beschlossen, Delegierte zur Arbeiterkonferenz nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständige angehören.

### Die Gemeindevahlen in Birkenfeld.

Die Gemeindevahlen in Birkenfeld sind für die Regierung böllern ungünstig ausgefallen.

### Streik der Landarbeiter.

Der „Dziennik Poznansti“ meldet, daß am 13. Oktober für den ganzen Bereich des polnischen Staates der Landarbeiterstreik ausgerufen worden ist. Die Lage stellt sich so dar, daß die Sozialisten gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Regierung aufgenommen haben.

### Oesterreich.

#### Die Kohlennot in Wien.

W. Wien, 21. Oktober. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, sollen infolge der Kohlennot alle Wiener Schulen vom 15. November 1919 bis 15. Februar 1920 geschlossen werden.

### Schweiz.

#### Spernung der Voralberger Grenze gegen die Schweiz.

Infolge übermäßiger Ausnutzung des Frankenkurses durch Schweizer spernte die Voralberger Landesregierung, um den gänzlichen Ausraub Voralbergs zu vermeiden, die Warenzufuhr nach der Schweiz.

### Ungarn.

#### Ein Schildbürgerrecht.

Der ungarische Ministerpräsident Friedrich hat eine Verordnung erlassen, wonach alle als „umstürzlerisch“ bezeichneten Bücher und Schriften durch die Polizei kurzweilig zu verbrennen sind. Der Verordnung wurde eine Liste beigelegt, mit dem Auftrage, daß die in der Liste aufgenommenen Bücher und Schriften unbedingt zu vernichten sind. Es müssen daher verbrannt werden: Marx: Das Kapital; Marx-Engels: Literarischer Nachlaß; Marx: Bürgerkrieg in Frankreich; Marx: Das kommunistische Manifest; alle Bücher und Schriften von Karl Kautsky; Szabo Ervin: „Kapital und Arbeit“; Karberodele; Ueber die Kunst; Garami: Das Leben Marx und Engels; Weltner: Die sozialdemokratische Partei und der Friede; Barnai: Revolutionäre Geschichte; Siegmund Engel: Satz der verlassenen und unehelichen Kinder usw.

Herr Friedrich deutet wohl, daß, wenn er die Bücher vernichtet, auch die Idee und die Arbeiterbewegung vernichtet wird. Herr Friedrich wird schon längst der Vergangenheit angehören und die „vernichteten“ Bücher und Schriften werden in allen Sprachen der Welt der Idee der Befreiung des Proletariats weiter dienen.

### Tschecho-Slowakei.

#### Eine ungeheuerliche Finanzmaßnahme.

Die tschechoslowakische Regierung will die bisher mit Oesterreich gemeinsamen Ein- und Zwei-Kronen-Noten durch tschechische Noten ersetzen. Bei dem Umtausch findet ein zehnprozentiger Gebührensatz statt, damit die Druckkosten der neuen Noten gedeckt werden. Die Nationalversammlung hat die Vorlage sofort angenommen.

Diese Finanzmaßnahme stellt eine der ungeheuerlichsten indirekten, allerdings einmaligen Steuern dar, die die Finanzgeschichte überhaupt kennt. Schon bei der Kennzeichnung der alten tschechoslowakischen Banknoten von 10 Kronen an wurde außer der Hälfte des Nominalbetrages noch ein Prozent für Kosten abgezogen, jedoch man für hundert Kronen tatsächlich nur 99 bekam und dazu einen Staatszins über 20 Kronen, über dessen Einlösung allerdings noch keine Bestimmung getroffen sind. Der Ertrag der neuen Ausgabe von den Ein- und Zwei-Kronen-Noten wird auf 20 bis 40 Millionen Kronen geschätzt, also etwa 3 Kronen für den Kopf der Bevölkerung. Da gerade unter den Proletariatsverhältnissen viel Ein- und Zwei-Kronen-Noten zirkulieren, werden sie am schwersten betroffen. Wenn auch der tschechische Finanzminister kein Sozialdemokrat ist, muß man sich doch wundern, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Tuzar die ausgesprochenen unsozialen Maßnahmen mit seinem Namen bedi-

schäft die leidige Währungsfrage vermag ein derartiges Vorgehen schwerlich zu rechtfertigen.

### England.

#### Die Zentralisation Groß-Britanniens.

Wie aus London gemeldet wird, ist in diesen Tagen ein Komitee eingesetzt worden, bestehend aus 16 Mitgliedern des Oberhauses und 16 Mitgliedern des Unterhauses, um den alten Plan Lord Georges über Einsetzung eigener Parlamente für Schottland, Irland und Wales zu beraten. Die auswärtigen Angelegenheiten und Fragen, die das Reich als Gesamtheit betreffen, sollen nach wie vor im Reichsparlament zur Verhandlung kommen.

#### Henderson geht nicht nach Washington.

Das „Reuterische Bureau“ erfährt, daß der Sekretär der Arbeiterpartei, Arthur Henderson nicht nach der Washingtoner Arbeiterkonferenz geht, da die industrielle und politische Lage in England seine Anwesenheit in England erfordert. Die übrigen Delegierten sind am Donnerstag von London nach Amerika abgereist.

### Indien.

#### Kämpfe.

(M.B.) Simla, 20. Oktober. Die Truppe Ward Baghai in Stärke von 300 Mann griff am 5. Oktober zwischen Maunhi und Luni eine Patrouillenabteilung an. Die britischen Verluste an Toten und Verwundeten sind 29 Mann, darunter ein britischer Offizier. Eine Kolonne aus Parabrige (?) fiel am 6. Oktober in der Nähe von Mahah in einen Hinterhalt. Die Kolonne erreichte Kaurbridge erst nach schweren Kämpfen. Die Verluste betragen schätzungsweise 80 Mann, darunter zwei Offiziere und ein indischer Sanitätsoffizier, tot. Die erheblichen Verluste der Engländer weisen darauf hin, daß die Kämpfe außerordentlich schwer gewesen sein müssen.

### Australien.

#### Eine eigene australische Flotte.

Nach einer Kabelmeldung des „Berliner Tageblattes“ aus Melbourne läßt die australische Bundesregierung 20 Dampfer zu je 6000 Tonnen in Australien bauen und hat 25 Dampfer in England in Auftrag gegeben, um eine eigene australische Handelsflotte zu schaffen.

## Reichspräsident Ebert über die innere und äußere Lage Deutschlands.

W. Berlin, 22. Oktober. Reichspräsident Ebert hat gestern den hiesigen Korrespondenten des „Imparcial“ zu einer Unterredung empfangen. Der Präsident äußerte sich, daß unsere Lage schwierig sei, daß die Regierung aber mit ganzer Kraft entschlossen sei, sie zu bessern. Die bereits mit Polen und der Tschecho-Slowakei abgeschlossenen Verträge seien die ersten Schritte, um zu einem herrlichen Einvernehmen mit unseren Nachbarn zu gelangen. Der bevorstehende Winter drohe uns mit einer furchtbaren Katastrophe, aber alles soll versucht werden sie zu vermeiden. Die Blockade des bolschewistischen Rußlands bezeichnet der Präsident als eine Sache, die unseren Grundrissen widerspreche. Die Regierung warte ab, welche Stellungnahme die nächstbeteiligten und neutralen Ländern einnehmen werden, um danach unser Verhalten festzulegen. Hinsichtlich der Lage unserer inneren Politik äußerte sich der Präsident weiter, denken wir aufrichtig zuversichtlich. Die Stellung der Regierung gegenüber den Angriffen von rechts und links sei heute stärker denn je. Die äußerste Linke werde jeden Tag schwächer.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 22. Oktober.

### Die Not des Winters

und die vielfach erwarteten Schwierigkeiten zu mildern oder möglichst zu vermeiden, muß die erste Sorge aller Bevölkerungsteile sein. Dazu gehören aber nicht nur salbungsvolle Worte, sondern Taten, die sich in erster Linie diejenigen aneignen müssen, die nur dem Arbeiter predigen, Maß zu halten. So wenig wir mit Gewalt einen Schicksalsschlag bannen können, so wenig können wir uns am leeren Trost laben. Ein klarer Blick über unser trauriges Dasein läßt ohne weiteres erkennen, daß wir nur durch zielstrebigeres Handeln aus dem Sumpf herauskommen. Und wenn wir uns dagegen wehren, durch überzudiales Gebahren unter Außerachtlassen jedes Wirklichkeitsgedankens noch tiefer dem Elend zuzufeuern, dann betonen wir um so fester die Schuld, die vor allem auf Deutschlands Volkserbe lastet. Dort wird durch eine nicht minder schuldbeladene Presse versucht, den Niedergang den arbeitenden Volksmassen in die Schuhe zu schieben. Jene Kreise haben am allermeisten Ursache, sich manig zu machen. Und doch wird gerade von jener Seite versucht, unser kümmerliches wirtschaftliches Gleichgewicht durch den Sturm gegen die Zwangswirtschaft noch ganz zu untergraben.

Was auf diesem Gebiete nicht völlig gemüht werden kann, besorgen die Schieber und Schleichhändler. Bei ihrem schäbigen Handeln kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß Voraussetzung einer Gesundung der Wille jedes einzelnen sein muß, dem Volke in seiner Gesamtheit zu dienen und dahin zu wirken, daß dem das Vertrauen weiter Volkstreife erschütternden, gewerkschaftlichen Scheitlerhändler- und Schieberband das Handwerk gelegt wird. Das kann in erfolgreicher Weise nur geschehen, wenn dem Uebel bis zu seinen Anfängen nachzugehen versucht wird, das ist bis zur Erfassung der noch weiterhin der Zwangswirtschaft unterliegenden Lebensmittel beim Erzeuger. Die Widerstände in gewissen Erzeugerzweigen der Landwirtschaft müssen beseitigt werden. Immer müssen sich diese Kreise der Tatsache bewußt bleiben, daß es sich bei Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft um bittere Lebensnotwendigkeiten für die Gesamtheit des Volkes handelt. Was bei der Freigabe des Handels erzielt wird, hat die Aufhebung der Zwangswirtschaft der Eier, des Fetters und des Leders mit ziemlicher Deutlichkeit bewiesen. Auf diesem Wege kann und darf es in Deutschland zurzeit nicht weitergehen — das Recht auf ausreichende Belieferung mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu erschwingbaren Preisen muß jedem einzelnen gewährt werden, soll nicht das große Elend unserer Tage noch weit größeren Umfang annehmen und der berechtigten Ermüdung breiterer Bevölkerungsschichten gegen gewisse, jeden Wucherpreis zahlende Kreise Vorschub geleistet werden. Wo allerdings die zur Erkenntnis dieser Dinge notwendige soziale Einsicht nicht vorhanden ist und freiwilla das nicht zugelassen, getan oder unterlassen wird, was die Not Deutschlands fordert, da werden die für solche Fälle geltenden gesetzlichen Bestimmungen rücksichtslos Anwendung finden müssen.

Die Not im Volke ist groß. Insbesondere leiden auch die Renteneinpfänger mit ihren spärlichen Einkünften, mit denen sie kaum die unentbehrlichsten Nahrungsmittel kaufen können.



Der Wäsche und Schutzeug steigt täglich im Preise. Wie häufig es in vielen Haushaltungen aussteht, zeigt ein Bild aus Schlesburg. Dort wurde durch eine Umfrage in den Schulen festgestellt, daß eine beträchtliche Anzahl Knaben und Mädchen kein Hemd tragen, weil die Eltern nicht in der Lage sind, ihnen eins geben zu können. Dies veranlaßt die städtischen Kollegien zur Beschaffung von Unterkleidung für die Kinder 5200 Mark bereitzustellen. Und derartige Erfahrungen wird man überall machen können, sicher auch in Lübeck! Wer es daher ernst meint mit der Erneuerung unserer Volkskraft, der muß mit dazu beitragen, daß wir wieder lebens- und erntefähig werden. Dann werden wir auch die Stürme des Winters überleben.

### Nichtig frankieren!

Am 1. Oktober 1919 sind neue Postgebühren in Kraft getreten. Obwohl wir sie wiederholt mitgeteilt haben, unterlassen noch eine Reihe Leser in Zuschriften an die Redaktion und Expedition die richtige Frankierung, so daß wir ständig Strafporto bezahlen müssen. Wir bringen deshalb nochmals die wichtigsten Bestimmungen aus dem neuen Tarif. Es folgen:

- Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr bis 20 g 15 Pfg., bis 250 g 20 Pfg.
- Briefe im Fernverkehr bis 20 g 20 Pfg., bis 250 g 30 Pfg.
- Postkarten im Orts- und Nachbarortverkehr 10 Pfg.
- Postkarten im Fernverkehr 15 Pfg.
- Drucksachen bis 50 g 5 Pfg., bis 100 g 10 Pfg.
- Drucksachen über 100 g bis 500 g 30 Pfg.
- Geschäftspapiere, Mischsendungen bis 250 g 20 Pfg.
- Warenproben (nur bis 500 g zulässig) bis 1000 g 40 Pfg.

Nach Deutsch-Oesterreich, Tschecho-Slowakei, Ungarn und Luxemburg kosten Postkarten, Briefe, Drucksachen, Wert- und Einschreibsendungen daselbst wie im Inlandsverkehr. Für Postanweisungen nach Deutsch-Oesterreich gelten ebenfalls die Inlandsätze; nach Ungarn werden jedoch für je 40 Mk. 20 Pfg. berechnet.

Was jeder Mieter wissen muß! Die dauernd starke Zahl der Auskunftsfindenden im Mieteeinigungsamt zeigt, daß immer noch große Unklarheiten in der Bevölkerung über die hauptsächlichsten Bestimmungen der erlassenen Verordnungen und Bekanntmachungen zum Schutze der Mieter herrschen. Die hauptsächlichste und brennendste Frage ist: „Muß der zu Nacht gekündigte Mieter ausziehen?“ Vieles ist die Ansicht verbreitet, daß, wer keine Wohnung hat, auch nicht zu ziehen braucht. Das ist falsch. Räumern muß seine Wohnung, wer selbst gekündigt hat, oder, wer mit Zustimmung des Einigungsamtes gekündigt ist, Mieter von Werkstätten, Läden, Kontoren und dergleichen müssen ziehen, wenn sie gekündigt sind und entweder das Einigungsamt überhaupt nicht angerufen haben, oder wenn das Einigungsamt die ausgesprochene Kündigung für wirksam erklärt hat. Kündigen darf der Vermieter Wohnräume nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes, d. h., erst muß dem Vermieter vom Einigungsamt die Erlaubnis zum Kündigen erteilt sein, erst dann kann er kündigen. Erlaubniserteilung und Kündigung müssen vor dem Kündigungsstermin liegen. Es genügt nicht, daß der Vermieter vor dem Kündigungsstermin dem Mieter kündigt und dann erst nachträglich den Antrag auf Zustimmung zur Kündigung bei dem Einigungsamt stellt. Derartige Kündigungen, sowie Kündigungen ohne Mitwirkung des Einigungsamtes sind wirkungslos und brauchen nicht beachtet zu werden. Zur Kündigung anderer Mieträume wie Lager, Werk- oder Geschäftsräume ist eine vorherige Zustimmung des Einigungsamtes nicht erforderlich. Der Mieter kann jedoch beim Einigungsamt den Antrag stellen, die ausgesprochene Kündigung für unwirksam zu erklären. Ein derartiger Antrag muß unweigerlich nach Erhalt der Kündigung gestellt werden, da er sonst nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr berücksichtigt werden kann. Eine Folge der allgemeinen Teuerung ist auch eine Steigerung des Mietzinses gewesen; deshalb ist eine Steigerung, die den Verhältnissen entsprechend vorgenommen wird, nicht unberechtigt. Auch das Einigungsamt hat stets herabgesetzte Steigerungen zugelassen und die Verhältnisse beider Parteien berücksichtigt. Die Entscheidung des Amtes ist endgültig und unanfechtbar. Bei Streitigkeiten über Reparaturen usw. ist das Einigungsamt nur in der Lage, vermittelnd einzugreifen.

Zur Genehmigung vermietbarer Räume. Ueber die Anwendung der Verordnung vom 27. August 1919 besteht noch große Unklarheit, wie täglich Nachfragen auf dem Wohnungsnachweis ergeben. Nach der Verordnung ist jeder Vermieter verpflichtet, vor einer neuen Vermietung seiner Wohnung die Genehmigung des Mieterverbandes nachzusuchen. Es steht fest, daß zum 1. Oktober in vielen Fällen diese Verordnung nicht beachtet ist. Welche Folgen dies für den Vermieter haben kann, geht aus der Verordnung klar hervor, die eine Strafe bis zu 1000 Mk. vorsieht. Die Genehmigung zur Vermietung ist so rechtzeitig vom Vermieter einzuholen, daß er sie vor dem Einzug des Mieters in Händen hat; Anträge von Mietern können nicht berücksichtigt werden. Um unendliche Nachfragen zu ersparen, ist es empfehlenswert, dem Gesuch folgende Angaben beizufügen: Lage und Größe der Wohnung, Name des Mieters, letzte Wohnung des Mieters, Anzahl der Personen und seit wann der Mieter in Lübeck anwesend ist. Gesuche zum Ausfüllen können auf dem Wohnungsnachweis, Untertrave 104, Zimmer 40, kostenlos in Empfang genommen werden.

Die Lage des hiesigen Arbeitsmarktes bietet erfreulicherweise fortgesetzt ein sehr günstiges Bild. Nur ein einziger Beruf ist jetzt noch mit einer größeren Zahl Arbeitsloser belastet; alle anderen Berufe sind fast in den Friedenszustand versetzt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 16. Oktober insgesamt 673, von denen voraussichtlich am gleichen Tage noch 119 vermittelt sind. Die Metallindustrie hat zurzeit 35 Arbeitslose, unter denen sich 14 Maschinenisten und Heizer befinden. Das Baugewerbe hat keine Arbeitslose aufzuweisen; im Gegenteil kann der Bedarf des Baugewerbes mit hiesigen Arbeitkräften kaum gedeckt werden. Die Zahl der sonstigen Arbeitslosen nach Arbeiter beträgt 120, wozu unter die Stellenlosen Rechner die höchste Zahl aufweisen, nämlich 49. In der Holzindustrie sind 2 Wälder arbeitslos. Von den Stellenlosen 15 landwirtschaftlichen Arbeitern konnten 11 vermittelt werden, desgleichen von 88 Stellenlosen jugendlichen Arbeitern. Die Zahl der ungelerten Arbeiter betrug 58, von denen ebenfalls 50 vermittelt sind. Die Zahl der stellenlosen Kaufleute betrug sich auf 50. Die Zahl der weiblichen Stellenlosen beträgt 158. Sofern nicht besondere Betriebsbeschränkungen durch die Kohlenknappheit notwendig werden, ist mit einem weiteren Abflauen der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat September 1919. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im September folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres): Geburten 142 (146), Geburten 240 (188), Sterbefälle 113 (172). Die Geburten nahmen gegen das Vorjahr um 72 zu, die Sterbefälle dagegen um 59 ab. Das Ergebnis war ein Geburtenüberschuß von 127 Köpfen, eine seit vielen Jahren nicht mehr erreichte Zahl. Unter den Geborenen waren 27 oder 10,4 Prozent (26 oder 15,5 Proz.) unweiblich. Das Alter der Geborenen betrug in 14 (16) Fällen unter 1 Jahr und in 20 (41) Fällen über 70 Jahre. Todesursache war 15mal Krankheiten der Kreislauforgane, je 12mal Tuberkulose und Krebs und 8mal Lungenerkrankung. Außerordentlich häufige Krankheiten wurden 86 gemeldet: 41mal Diphtherie, 15mal Scharlach, je 13mal Typhus und Ruhr, 3mal Granulose und 1mal Masern. Gemaltes Tades endeten 8, und zwar 5 durch Selbstmord und 3 durch Vergiftung. Unter den Gestorbenen waren noch zwei Kriegsteilnehmer.

Sendungen an Kriegsgefangene im britischen Heer in Frankreich. Nach neueren Mitteilungen der britischen Behörden bleibt eine Anzahl deutscher Gefangener auch jetzt noch bei dem britischen Heer in Frankreich zurück und ist in Gefangenensoldatensoldaten zusammengestellt, die Nummer von 701 ab aufwärts erhalten haben. Sendungen an Gefangene bei diesen Kompagnien werden nach wie vor zur Postbeförderung angenommen, dagegen sind Sendungen an Gefangene in englischer Hand auf festländischem Boden,

wenn die Ordnungsnummer der Gefangenensoldatensoldatensoldaten darunter ist, unzulässig, weil die Gefangenen dieser Kompagnien heimbeordert werden.

Sendungen an Kriegsgefangene in Sibirien. Mit einem Mittelnovember von Kopenhagen abgehenden Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie können gefahrenfreie Kriegsgefangenenpakete an deutsche Gefangene in Sibirien auf dem Wege über Shanghai abgehandelt werden. Die Pakete sind in gewöhnlicher Weise zur Post zu geben, in der Aufschrift jedoch mit dem Zusatz zu versehen: „über Kopenhagen mit Dampfer der Ostasiatischen Kompagnie“.

Die Kleinhaus- und Siedelungsausstellung wurde am Sonntag mittig in der Turnhalle des Johanneums mit einer Ansprache des Herrn Baudirektors Balzer eröffnet. Redner schilderte zunächst, welche prächtige Bauten im Mittelalter besonders in Lübeck entstanden seien. Man habe hier in den letzten 40 Jahren, nach Sprengung des Stadtringes, auch manche gute Bauten vor dem Tore geschaffen, aber an den vorerwähnten Bauten reichten sie nicht heran. Nun gehe das Streben dahin, den Stadtring durch Siedelungen zum zweiten Male zu sprengen. Die Ausstellung solle zeigen, was auf dem Gebiete der Siedlungen und des Kleinhausbaues bereits geschehen und noch geplant sei. Herr Balzer erläuterte dann in einem Rundgange die ausgestellten Pläne und Modelle. Wir finden dort neben alten, schon ausgeführten Plänen, die am meisten Interesse erweckenden neuen Pläne. Die ersten Bauten sind von der Heimstätten-Gesellschaft errichtet worden, später mußte der Staat selber bauen. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten ist man mehr zum Zweifamilienhaus übergegangen. Den Plan, sogenannte Wohnküchen einzubauen, habe man aufgegeben, weil die Wohnküchen keinen Anlang gefunden haben. Neben den Bauplänen an der Westbörsstraße, Ziegelstraße, Büchelstraße, Gärtnergasse, Brandenburger Landstraße usw., finden wir auch Siedelungspläne für die Umgebung der Stadt, bei Schlutup und Krempelsdorf. An der Gärtnergasse sind zahlreiche Landflächen von 1000 Quadratmetern ausgesetzt. Während in Krempelsdorf die Siedelungen in der Nähe des Volksparkes liegen, wird bei Schlutup, am Basinger Weg, im Mittelpunkt der Siedelungen ein kleines Mädchen erhalten bleiben. Außer statistischen Tabellen, die den Wohnungsstand der früheren Jahre und die gegenwärtige Wohnungsnot zeigen, ist noch eine Karte ausgestellt, die den perspektivischen, wieviel Land zu Kleingärten die Stadt Lübeck während des Krieges ausgesetzt hat. Insgesamt sind es 670 Hektar, wovon der Staat 455 Hektar hergegeben hat. Zwei Drittel der gesamten Haushaltungen sind mit Kleingärten versehen. Die Gartenbaupläne, die Herr Gartenbauinspektor Maas entworfen hat, werden den Gartenfreunden viel Belehrung bieten. Auch Frucht-, Obst- und Wirtschaftsofen sind ausgestellt. Die Ausstellung ist lehrreich und interessant; ein Besuch ist daher zu empfehlen. Sie ist bis zum 2. November täglich von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Einigungsamt für Hausangestellte. Vor dem Einigungsamt für Hausangestellte sind bisher drei Streitigkeiten zur Verhandlung gekommen, von denen zwei zu einem Vergleich geführt werden konnten, während in der dritten das Einigungsamt zu einer Abschneidung der Ansprüche der Antragstellerin kam. Im ersten Falle hatte eine Hausfrau einer in ihrem Haushalt mit voller Beschäftigung lebenden Hausangestellten die Lebensmittellisten beizubringen. Nach ihrem Fortgang beanspruchte die Hausangestellte, die sich auf die Karten Lebensmittel gekauft hatte, von der Hausfrau Ersatz für die Ausgaben mit der Begründung, daß die ihr verabreichte Kost nicht ausreichend gewesen sei. — Eine andere Hausangestellte hatte gekündigt, eine im Lager gemachte Neuerung der Hausfrau als Kündigung aufzufassen zu dürfen, hatte sofort den Dienst verlassen und auf eine am anderen Tage an sie gerichtete Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit keine Folge gegeben. Sie verlangte nunmehr von der Hausfrau vollen Lohn und Kostgeld bis zum gesetzlichen Kündigungsstermin. In beiden Fällen kam es dank der Bemühungen des Einigungsamtes zu befriedigenden Vergleichen. — Mehr Schwierigkeiten machte die dritte Streitigkeit: zwei Hausangestellte, die sich drei Monate verpflichtet hatten, sind mehrere Wochen vor Ablauf des Vertrages aus ihrem Dienst getreten, beanspruchten aber trotzdem vollen Lohn und Trinkgelde mit der Begründung, daß das Essen zu schlecht gewesen sei. Das Einigungsamt stellte sich auf den Standpunkt, daß, da die anderen dort beschäftigten Mädchen dort geblieben waren, das Essen nicht so schlecht gewesen sein konnte, daß die Antragstellerinnen zu sofortiger Aufgabe der Stellung berechtigt gewesen wären. Mindestens hätten sie einige Tage bleiben müssen, bis Ersatz beschafft war. Aus diesen Gründen wurden die Ansprüche der Antragstellerinnen abgewiesen. — Eine Reihe Streitigkeiten zwischen Hausangestellten und Hausfrauen konnten ohne Inanspruchnahme des Einigungsamtes im Vorbeigehen vom Frauenreferat des Arbeitsamtes, Zimmer 23, Sprechstunde von 10—12 Uhr, geschlichtet werden.

Die Oberrealschule zum Dom. In einer Reihe von Elternabenden der einzelnen Klassen ist die Frage erörtert worden, ob und in welcher Weise die Eltern unserer Schule mehr als bisher Gelegenheit finden möchten, sich an dem Leben der Schule zu beteiligen. Die große Mehrheit der Eltern hat sich dahin ausgesprochen, daß sie keine allgemeinen Elternabende und keinen Elternrat wünschten, wohl aber Elternversammlungen für jede Klasse, etwa ein oder zweimal im Jahre. Das Lehrerkollegium wird diesem Wunsche entsprechend, solche Abende einrichten, daneben von allgemeinen Elternversammlungen bis auf weiteres absehen.

Vortragswesen der Oberaufsichtsbehörde. In der Voraussetzung, daß auch in diesem Jahre die Benutzung der Aula der Erziehungsbehörde trotz des Kohlenmangels noch im November möglich sein wird, veranstaltet die Oberaufsichtsbehörde demnächst eine weitere Reihe von Vorträgen. Herr Dr. Karl Burt, Oberlehrer am Realgymnasium, wird am 6. November über Fortpflanzung und Vererbung sprechen. Vom Grundproblem des Lebens auszugehen werden die Hauptfragen der Fortpflanzungsbiologie zur Betrachtung kommen, insbesondere die engen Beziehungen zwischen Befruchtung und Vererbung. Neben unserer Kenntnissen von den Fortpflanzungsverhältnissen der höheren Tiere gelangen die praktische Bedeutung dieser Probleme für die Rassenzüchtung und die Zeit und Preis der Fortpflanzung, die durch Lichtbilder erläutert werden, geben die öffentlichen Ankündigungen Auskunft.

Berufserberatung und Berufsstellungsvermittlung für Mädchen und Frauen. Die Veränderungen auf fast allen Gebieten des Frauenberufslebens machen es den meisten Eltern unumgänglich, sich ständig über die Aussichten und Bedingungen der einzelnen Berufe auf dem laufenden zu erhalten. Deshalb tun alle Eltern, denen das Wohl ihrer vor der Schulentlassung stehenden Töchter am Herzen liegt, gut, vor der wichtigsten Entscheidung über die Berufswahl die Berufsberatungsstelle für Mädchen und Frauen im Arbeitsamt aufzusuchen. Diese ist durch ihre Beschäftigung mit allen einschlägigen Fragen in der Lage, alle die Berufswahl betreffenden Fragen eingehend, sachverständig und unparteiisch zu beantworten. Alle Auskünfte stehen den Ratuchenden völlig kostenlos zur Verfügung. Die Sprechstunden sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 12—2 Uhr, außerdem Dienstag von 4—6 Uhr im Arbeitsamt, Untertrave 104, Zimmer 6.

„Geflügelwurst“. In der vierten Klasse ist alles bis auf den letzten Pfah besetzt. Mein Nachbar ist anscheinend ein Schlächter, der von einer Geflügelreihe zurückkehrt. Als sich der Zug in Bewegung setzt, zieht er eine Wurst mit den Worten aus der Tasche, er müsse seinem Wagen mal etwas anbieten. Von den Mitreisenden mögen ihn nicht wenige um die Wurst beneidet haben. Schließlich fragt ihn denn einer, was das für Wurst wäre, wieviel ein Pfund koste und ob man die in Lübeck kaufen könne. Das ist Geflügelwurst, meinte er. Na, so was, Geflügelwurst? Ist die denn nur aus Geflügelfleisch hergestellt? Nein, das ist sie nicht. Es ist Pfahwurst, halb und halb, ein Pfah und ein Huhn. Deffentliche Bücher- und Verkauf. Infolge der Gasprepper kann die Bücherausgabe nicht mehr bis abends 7 Uhr stattfinden,

da in der Zeit von 4—6 Uhr keine Beleuchtung ist. Die Ausgabezeit findet ab Mittwoch, dem 22. Oktober bis auf Widerruf von vormittags 11—4 Uhr nachmittags ununterbrochen statt. Die Jugendausleihe bleibt unverändert.

König. Genossenschaftliches. Am Dienstag abend fand in Diederichs Gasthaus eine öffentliche Versammlung zur Gründung einer Verkaufsstelle des Konsumvereins Lübeck statt. Der Genossenschaftssekretär R. Göhr (Lübeck) hatte das Referat: „Die Konsumgenossenschaft und ihre Ziele.“ Er ging einleitend auf die Kriegszeit und die harten Friedensbedingungen ein. Er hob besonders hervor, daß dem Schleichhandel und Schlebertum immer weiter die Wege gebnet würden, wenn die Arbeiterschaft sich nicht den Bestrebungen der Konsumvereine anschließen. Der Referent führte das Leben und Treiben der Kaufleute und Händler in drastischen Worten vor Augen und erläuterte die Entstehung der Konsumvereine in England im Jahre 1843. Die Konsumvereine wollen in ihren Bestrebungen nicht nur den Verkauf, sondern auch die Herstellung ihrer Waren zum Wohle der Gesamtheit. In Deutschland sind 2 1/2 Millionen Genossenschaftler. In den Fabriken der Konsumvereine sind im letzten Jahre für rund 20 Millionen Mark Waren unter ständiger sachmännlicher Kontrolle hergestellt. Der Referent forderte zum Schluß alle Bewohner von Lübeck und Umgegend auf, sich zugehörig den Bestrebungen der Konsumgenossenschaft zu beteiligen. In der Diskussion wurden Klagen vorgebracht und der Wertekonsum des Hochlofenwerks und das Kaufhaus in Lübeck sehr scharf kritisiert. Ferner wurde der Wunsch an die Kommission gestellt, die Katastralle unversichtlich zu lösen, damit die Verkaufsstelle sobald wie möglich ins Leben gerufen werden könne. Dieses wurde auch vom Genossen Meierei zugesagt und mitgeteilt, daß sich schon ein großer Teil der Einwohner von Lübeck und Umgegend als Mitglieder des Konsumvereins anmeldeten. Möge unser Unternehmen vom Glück getränkt sein.

Fußball-Wettspiele in Lübeck. Im Gesellschaftsspiel fanden sich am Sonntag morgen gegenüber Lübeck 4 mit Ersatz aus der 1a und 2. Mannschaft und Lübeck 2, auch mit 2 Mann aus der 1. Beide Mannschaften lieferten sich ein lebhaftes Spiel, in dem Lübeck mit 7 : 4 Sieger blieb. Halbzeit 2 : 3. Lübeck 2 machte damit sein erstes Wettspiel und kann mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein. — Am Nachmittage um 2.30 fanden sich Vormärts 1 (Lübeck) und Lübeck 1 im Retourspiel gegenüber. Als Schiedsrichter fungierte ein Lübecker Turngenosse. Das Spiel begann mit dem Anstoß von Lübeck. Der Sturm kam auch durch, doch die Verteidigung vereitelte den Anstoß. Beide Tore kamen des Spielers in Gefahr doch wurde nichts Zählbares erreicht. In der 30. Minute gelang es dem Mittelstürmer von Lübeck durch guten Schuß auf eine Flanke von rechts das erste Tor zu erzielen. Kurz vor Halbzeit vermochte „Vormärts“ abzuschließen. Mit 1 : 1 wurden die Seiten gewechselt. Das Spiel blieb auch nach Halbzeit offen. Lübeck vermochte durch seinen Mittelstürmer zum zweiten Male erfolgreich zu sein. Doch nicht lange dauerte die Freude und „Vormärts“ hatte abgedroschen. Fast schien es, als sollte das Spiel unentschieden enden. Da gelang es in der letzten Minute dem Halbsinken von Lübeck das beschriebene Tor für seine Farben zu schießen. Gleich darauf war Schluss. Lübeck 2 : 1. In der Siebten Runde waren sich ebenbürtig. Mit kräftigem „Zwei Teil“ trennten sich die Mannschaften.

## Aus dem Parteileben.

Der Feind steht rechts. Wir machen unsere Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die beiden Nebenblätter „Schleuder“ und „Der Feind steht rechts“ in der Nationalüberwachungs-Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 65, Lindenstraße, in einer billigen Ausgabe erschienen und durch die Buchhandlung des „Volkshelden“ zu beziehen sind.

## Reich und Ausland.

Neue Kohlenfunde in Polen. Bei Sonderz (Polen) sind neue Kohlenlager entdeckt worden. Geologen aus Krakau wollen festgestellt haben, daß schon in 30 Meter Tiefe das erste Flöz für Industriezwecke brauchbare Kohle liefert. Die Arbeiten zur Aufteufung haben schon begonnen.

## Vermischtes.

Eine „aufsehenerregende Heilung.“ Dieses meldet allen Erstes das „Tiroler Volksblatt“ und nach ihm andere ähnliche Blätter: Eine aufsehenerregende Heilung hat sich am Maria Geburtsfest im Wallfahrtsort Pine zugezogen. Dort in der Karpaten erkrankten Erziehung der Beine nicht mehr ohne Krücke und Stock gehen konnte und dies auch nur unter heftigen Schmerzen. Am genannten Tage besand er sich mit seiner Frau in Pine, besuchte dort die Kirche, dann die Erleuchtungstafel und die Erlöserkirche, worauf er wieder zur Wallfahrtskirche zurückkehrte, wo er zum „Sanctus“ des Johannes anlangte. Auch er war sich vor der Handlung in die Knie und siehe, während der heiligen Wandlung durchdrückte es dreimal seine rechten Beine und seinen matten Körper, so daß er im Schreien einen Schlaganfall erlebte. Aber bald wurde ihm wohl. Krücke und Beine schmerzten nicht mehr, und er konnte sich ohne Zuhilfenahme der Krücke und des Stockes erheben, stehen und gehen. Seine Heilung, seine wonnige Freude waren unbeschreiblich, zumal da auch das linke Bein, das um einige Zentimeter kürzer geworden war, wieder die natürliche Länge angenommen hatte. Knied verrietete der gute Dina ein inbrünstiges Dankgebet; dann begab er sich in die Sakristei, um dort zum Zeichen und als Zeugen seiner Genesung die Krücken abzulegen. Dort wurde ihm der Auftrag erteilt, ins Refektorium zu gehen, um die nächsten Umkleen der wunderbaren Begebenheit darzulegen. Seitdem verrietete er das ihm die Barmherzigkeit in vollster Rüstigkeit, wie wenn er niemals krank gewesen wäre. — Und das wird gedruckt und, wahrhaftig, auch geglaubt. . . .

## Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die sechsten erschienenen Nr. 21 des ersten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Die Jugend und das Betriebsratsgesetz. — Die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung. Von H. Conrad. (Fortsetzung). — Der ungeliebte Schatz. Von H. Salzmann. — Vergessene deutsche Spiele. Von L. L. (Mit Abbildungen). — Weiteres von der Krankenliste. — Aus der Jugendbewegung. — Beilage: Hinterwald-Gesellschaft. Von C. A. Joffe. — Maxim Gorki. Von Max Boeniger-Albert. (Fortsetzung). — Bücher für die Jugend. — Dorfkultur. Von Jenni Lehmann. (Schluß).

## Gesundheitspflege.

Uebereinander schlagen der Beine ist schädlich. Das Uebereinander schlagen der Beine ist so allgemeine Unsitte, daß man gar nicht darüber nachdenkt, wie wenig gesundheitsfördernd es ist. Alle Organe des Unterleibes werden gepreßt und Zerrung ihrer Funktionen, Blutleitung in den Geschlechtsorganen, dem unteren Teile des Verdauungsapparates, des Harnsystems sind eine selbstverständliche Folge. Prostata- und Blasenleiden, vor allem auch Hämorrhoidaler Stuhl, sind in keinem Fall mit verengten Beinen zu vermeiden. Da die Gewohnheit sehr eingebürgert ist, kostet es viel Selbstbeherrschung es dauernd zu lassen. Über die Anstrengung lohnt sich. (Naturarzt)



# Stadthallen-Lichtspiele

Mühlenbrücke 13

Lübeck

Heute und folgende Tage:

## Die Lumpenprinzessin.

Die reizende Geschichte eines widerspenstigen Komteßchens, mit **Gunar Tolnaes** und **Clara Wieth.** 5 Akte.

## Der Schandfleck.

Nach dem Roman von **Ludwig Anzengruber.** In der Hauptrolle die Wiener Schauspielerin **Liane Haid.** 5 Akte.

Die Musik wird vom großen Orchester unter der Leitung des Herrn **Franz Gödel** ausgeführt.

8976

### Einschränkung des Gasverbrauchs.

Auf Grund einer von dem Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung heute morgen veranlaßten Besprechung, an welcher Vertreter der beteiligten Behörden, des Handels, des Gewerbes, der Beamtenschaft und der Arbeitnehmer der Industrie teilgenommen haben, verordnet das Polizeiamt unter Aufhebung seiner Verordnung vom 17. d. Mts.:

Gas wird bis auf weiteres nur in der Zeit von

- 6 bis 7 Uhr morgens,
- 11 bis 1 Uhr mittags und
- 5 bis 9 1/2 Uhr abends

abgegeben.

Die Ausdehnung der Gasperrzeiten, welche für einzelne Berufsgruppen eine besondere Härte bedeutet, vernetwendigt sich nur aus Anlaß des Streiks der Arbeiterschaft des Hochofenwerks und der dadurch ausfallenden Koksgaslieferungen an die Lübecker Gaswerke. Sobald eine Besserung der Verhältnisse eintritt, werden die Gasentnahmeszeiten wiederum auf zehn Stunden erhöht werden.

8985

Lübeck, den 22. Oktober 1919.

Das Polizeiamt.

### Ausgabe von Zwieback.

In der Zeit vom 22. bis 31. Oktober 1919 werden auf den Abschnitt 12 der Zwiebackfabrik für Personen über 65 Jahre

1/4 Pfd. Zwieback zum Preise von 44 Pfg.

ausgegeben. Die Karten werden in folgenden Geschäften eingelöst:

Zwiebackfabrik	Fr. Schwartzkopf, Sandstr. 25
Nr. 1-2000	Peter Lohse, Holtenauer 59
2001-4000	G. W. Sahn Ww., Schlarup
4001-4200	Heinr. Möller, Sandstr. 15
4201-5000	K. Schöner, Trauemünde
5001-5800	Heinr. Möller, Sandstr. 15
5801-7000	Fr. Schwartzkopf, Sandstr. 25
7001-7200	

Lübeck, den 22. Oktober 1919.

(8985)

Das Landesverorgungsamt.

### Verordnung

betreffend

### Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

(Veröffentlichung am 22. Oktober 1919.)

Auf Grund des § 23 Abs. 1 der Bundesratsbeschlusse vom 3. Februar 1919, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen, wird hiermit angeordnet, daß die im Stadteil Kronsfordor und Seebad Trauemünde belegene Marktstraße mit Kraftfahrzeugen nicht befahren werden darf.

Sammlerhandlungen werden auf Grund des § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Lübeck, den 20. Oktober 1919.

(8971)

Das Polizeiamt.

### Ausgabe von Petroleum.

Von Donnerstag, den 26. Oktober ab kann auf Abschnitt 1 der ausgegebenen „grünen“ Karten

1 Liter Petroleum,

auf Abschnitt 1 der ausgegebenen „roten“ Karten

1/2 Liter Petroleum

abgegeben und angenommen werden, und zwar amerikanisches Petroleum zum Preise von Mk. 1.50 d. Liter, galinisches Petroleum zum Preise von Mk. 1.20 d. Liter.

Amerikanisches Petroleum ist bei folgenden Händlern zu haben:

- R. Zimmermann, Alarosenstraße 15 a
- T. Behrmann, Holtenauer 28
- Helar. Franck, Schlarup 67
- Wilh. Bandholtz, Schlarup 92
- Wilh. Zell, Al. Burgstraße 14
- Ida Weber, Holtenauer 6
- Joh. Piel, Schlarupstraße 4

- D. Ewers, Morsing
- B. Herling, Meidendorfer 37
- Heinr. Feddern, Al. Klelau 8
- H. Hildebrandt, Warendorferstraße 26
- R. Nevermann, Ludwigsstraße 8
- Ludw. Roesper, Königsstraße 75
- H. Teichau, Fischergrube 42
- H. Beckmann, Engelsgrube 51
- H. Kelling, Engelsgrube 12
- Wilh. Zarnow, Töpferweg 85
- W. Müller, Schlarupstraße 25 a
- Gustav Wieso, Sandstr. 115
- M. Schmidt, Rappensstraße 27 a
- Joh. Lühmann, Alarosenstraße 23
- G. Piper, Alarosenstraße 23
- G. Wils, Alarosenstraße 23
- Gehr. Begasse, Alarosenstraße 7
- F. Hartmann, Krönerstraße 12
- B. Kröger Ww., Wafenigsmauer 160
- G. Korf, Rosenstraße 21
- G. Schult Ww., Wafenigsmauer 124
- Gottl. Frost, Rosenstraße 2
- Ernst Vogt, Große Burgstraße 59
- Th. Schlegel, Warendorfer Allee 55 c
- W. Hempel, Sandstr. 33a
- J. J. H. Wieggers, Satauerstraße 26/28
- F. E. Peters, Wafenigstraße 20
- Friedr. Meese, Johannstraße 80
- H. Kublmann, Lohmeyer-Allee 21 a
- Hans Wulf, Drögestraße 11
- E. Heß, Morsing
- H. Borgwaldt, Ludwigsstraße 56
- Otto Trepkau, Fleischhauerstraße 11
- H. Puls, Warendorfer Allee 29
- H. Schräser, Warendorfer Allee 45
- Anna Ollrogge, Hundelstraße 12
- J. Schmidt, Fischergrube 21
- H. Madberg, Engelsgrube 57
- B. Junge, Engelsgrube 87
- H. Schmidt, Töpferweg 87
- M. Behrens, Sandstr. 105
- A. Hagemann, Sandstr. 63
- Bernh. Grube, Warendorfer Allee 25
- F. Dencker, Warendorfer Allee 25
- A. H. Leenschow, Warendorfer Allee 23
- Friedr. Jesack, Fris Reuterstraße 2
- Martin Pahl, Große Altefähr 27
- H. Meier, Warendorfer Allee 9
- Joh. Larsson, Wafenigsmauer 7 a
- Wilh. Intzen, Warendorfer Allee 9

Galinisches Petroleum ist bei folgenden Händlern zu haben:

- Karl Grube, Wafenigstraße 85
- Wilh. Rocksien, Warendorfer Allee 24
- Franz Schwedt, Große Burgstraße 29
- Heinr. Schwartz, Engelsgrube 25
- Gust. Brackmann, Warendorfer Allee 5
- Heinr. Bohnhoff, Warendorfer Allee 17 a
- Karl Hudofsky, Warendorfer Allee 44
- Konsumverein, Warendorfer Allee 25
- Konsumverein, Warendorfer Allee 25
- Konsumverein, Warendorfer Allee 25
- Joh. Schwabroch, Warendorfer Allee 33 a
- Karl Schmidt, Warendorfer Allee 37 a
- Anna Lehmann, Warendorfer Allee 6 a
- Heinrich Meier, Warendorfer Allee 29
- Gehr. Thiede, Warendorfer Allee 91
- Wilhelm Pape, Salmühle 1 a
- Otto Schlicke, Warendorfer Allee 70
- Emil Hahn, Warendorfer Allee 82
- Karl Timm Nachf., Warendorfer Allee 16
- Alex. Wichmann, Warendorfer Allee 55
- Ludw. Wiegels, Fischergrube 60
- Konsumverein, Schlarup
- Karl Bargmann, Trauemünde

Lübeck, den 21. Oktober 1919.

(8962)

Das Landesverorgungsamt.

### Umtausch von Kinderfleischkarten.

Vom Donnerstag, dem 23. Oktober ab findet der Umtausch der Fleischkarten für Kinder im ersten bis vierten Lebensjahre statt, und zwar werden gegen Abgabe der für die Zeit vom 27. Oktober bis 31. Novbr. gültigen Kinderfleischkarte Bezugsausweise für

- 1 1/2 Pfd. Sauerbraten z. Br. v. Mk. 1.60 für 1 Pfd. 1/2
- 1 1/2 Pfd. Fleisch z. Br. von Mk. 1.20 für 1 Pfd. 1/2
- 1 1/2 Pfd. Zwieback oder Reis, je nach Vorrat, 44 Pfg. für 1 Pfd. Zwieback, 39 Pfg. für 1 Pfd. Reis.

1 Dose Malzextrakt z. Br. v. Mk. 2.60 für 1 Dose ausgegeben.

Der Umtausch findet wie folgt statt: in der Zeit vom 23. bis einschl. 25. Oktober 1919 von 9-2 Uhr in der Breite, Eingang vom Markt.

in der Zeit vom 26. Oktbr. bis 28. November 1919 werktäglich von 9-2 Uhr in der Nahrungsmittel-Verteilungshalle, Breite Straße 63, L. Zimmer 1.

Geburtsausweis, sowie der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln sind vorzulegen.

Fleischkarten, auf welche bereits Fleisch entnommen ist, werden nicht umgetauscht.

Lübeck, den 22. Oktober 1919.

(8961)

Das Landesverorgungsamt.

Zu sofort

8973

zwei Zuarbeiterinnen

für Damenkleider.

Justus Meyer.

### Der dritte Teilbetrag der Grundsteuer

für 1919/20 ist für die Grundstücke in der Vorstadt St. Lorenz in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober d. J. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (8975)

Lübeck, d. 21. Okt. 1919.

Die Steuerbehörde.

### Heinr. Fick

### Auguste Fick

geb. Hoffmann

Verwählte.

Für erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke, hauptsächlich den Kollegen vom Gaswerk II, danken herzlich

(8964) D. D.

Allen Nachb., Verwandten u. Bekannten, sowie den Genossinnen f. d. vielen Glückwünsche u. Geschenke zu unv. Hochzeit danken herzlich

(8972) A. Petersen

u. Frau Martha geb. Rob.

Saubere Wäsche und ordentl., frät. Laujungen stellt sofort ein

### Willy Radau,

Wäscherei u. Plätterei

8953b) Lana, Pohbera 54.

Gute Kinderstiefel, Gr. 25, zu vert.

(8978) Lintenhagen 3. III.

Ein guter Kinderwagen (mit Gummi) zu vert.

J. Lenschow,

(8968) Meidendorfer 65.

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünshausen 13.

Fig. Reparaturwerkstatt. 8987

### Lohnarbeit und Kapital

Von Karl Marx.

Mk. 1.50.

### Lohn, Preis und Profit

Von Karl Marx.

75 Pfg.

### Das Erfurter Programm

Erläutert von Karl Kautsky.

Mk. 1.20.

### Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.,

Johannisstr. 46.

### Konsumverein f. Lübeck

und Umgegend

e. G. m. b. H.

### Vertrauensmännersitzung

am Freitag, dem 24. Oktober,

abends 6 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus

Johannisstr. 50/52.

Tagesordnung:

1. Organisation.
2. Agitation.
3. Sonstiges.

Das Erscheinen sämtlicher Genossenschaftsmitglieder, sowie der bereits früher tätigen und neu gemanneten Vertrauensleute ist dringend erforderlich.

(8969)

Der Vorstand.

### Deutscher Eisenbahner-Verb.

Ortsgruppe Lübeck.

### Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 24. Oktober abends 7 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Abrechnung v. d. Quartal.
2. Kartellbericht.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

(8985) Der Vorstand.

### Gesellschaftshaus Pockenhof.

Morgen Donnerstag (8956)

### Gr. Tanztränzchen.

Anf. 6 Uhr. F. Westfeling.

### Männer-Gesang-Verein

### Seeretz - Dänischbg.

Mitgliedschaft des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

### Einladung zum

### 11jährigen Stiftungsfest

bestehend in

### Konzert, Gesangs-Vorträgen, Damen-Reigen u. Ball

am Sonnabend, d. 25. Okt., im Lokale des Herrn

E. Cordts, Seeretz.

Anfang 8 Uhr.

8981 Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Branche Elektromonteur u. Helfer).

Am Sonnabend, dem 25. Oktober 1919:

### Grosser Herbstball

verbunden mit großen Ueberraschungen im Kolosseum, Kronsfordor Allee

Damenterte 1 Mk. Herrenkarte 2 Mk.

Anfang 6 Uhr.

Hierzu ladet freundlich ein

Der Vergnügungs-Aussch.

Karten sind an der Kasse zu haben. (8983)

### Wachholderkrug Moorgarten

Am Sonntag, dem 26. Oktober 1919:

### Antritts-Ball.

Hierzu ladet freundlich ein

Johannes Wiggers.

(8970)

### Gesellschaftshaus

### Weisser Engel

Rageburg, Allee 29, Endstation d. Linie 1

Jeden Sonntag und Donnerstag:

### Gr. Ballmusik.

Anf. Sonntags 4 1/2, Donnerstags 6 1/2 Uhr.

### Adlershorst. Tanz

Jeden Donnerstag: 8988

### Konzerthaus Flora.

Donnerstag, 23. Oktbr.: 8967

### Tanz

Anfang 6 1/2 Uhr

### Hansa-Theater

Mittwoch: (8977)

### Die Faschingsfee.

Donnerstag, 7 Uhr:

Einmaliges Gastspiel der Hamburger Kammerspiele.

(Direktion: Erich Ziegel.)

### Die Büchse der Pandora.

Sittentragedie von Frank Wedekind.

(Gastspielpreise.)

(Keine Vorzugskarten.)

Freitag: Ein Walzertraum

### Stadttheater Lübeck

(8979)

Mittwoch, den 22. Oktober:

Anfang 7 Uhr.

6. Vorstellung i. Mittw.-Ab.

### Der Biberpelz.

Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.

Donnerstag, d. 23. Oktbr.,

1. Vorstellung im Faustzyklus.

### Jedermann.

Freitag, den 24. Oktober:

6. Vorstellung im Freit.-Ab.

### Der Evangelimann.

Sonnabend, d. 23. Oktober:

Martha.